:antifaschistische nachrichten

Nr. 9

g 3336 6.5.2004 20. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de



Neonazis erfolglos bei Aufmärschen am 1. Mai

LEIPZIG. Worch schaffte den Marsch zum Völkerschlachtdenkmal zum wiederholten Male nicht. Ca. 2000 Gegendemonstranten behinderten den Nazi-Aufmarsch. Erst am Vorabend war klar, dass die Nazis dank Verwaltungsgericht über Georgiring und Gerichtsweg zur Prager Straße und weiter zum Völkerschlachtdenkmal laufen dürften.

BERLIN. Über „erfolgreichen Widerstand" gegen den NPD-Aufmarsch am 1. Mai freuten sich Lichtenbergs Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich (PDS) und Birgit Stenzel von der Initiative gegen Rechtsextremismus Lichtenberg/Hohenschönhausen am Abend des ereignisreichen Tages. Es seien an der Frankfurter Allee „wirkungsvolle, sichtbare und hörbare Aktionen" gegen die Rechtsextremisten organisiert worden.

Friedlich verlief am Vormittag des 1. Mai die Antifa-Demonstration gegen den NPD-Aufmarsch. Mehrere tausend Demonstranten zogen vom Strausberger Platz durch Friedrichshain. Gezeigt wurden gelbe, graue und weiße Transparente mit dem Grundtenor, den „Naziaufmarsch kippen" zu wollen. Als der Zug am Boxhagener Platz ohne Zwischenfälle gestoppt wurde, machten sich hunderte Teilnehmer durch Seitenstraßen auf den Weg, um sich direkt der Nazi-Demo entgegen zu stellen.

Immer mehr Menschen versammelten sich rund um die Aral-Tankstelle nahe des Bahnhofs Lichtenberg. Um 13 Uhr blockierten dessen Gegner die Frankfurter Allee in Richtung Innenstadt. Die Polizei baute sich vor ihnen auf und bildete kurz danach in Höhe Atzpodienstraße eine zweite Front. Um 14.16 Uhr fordert die Polizei die Menschen auf, die Frankfurter Allee in Richtung Tankstelle zu räumen.

Gegen 14.40 Uhr wurden die Gegendemonstranten an der Araltankstelle eingekesselt. Später eskalierte die Situation.



Nazis hetzen

Ehrung der Waffen-SS verurteilt

Genf. Die Menschenrechtskommission der UN hat bei ihrem Treffen in Genf eine nachträgliche Glorifizierung der Waffen-SS verurteilt.

In der von Rußland eingebrachten Resolution wird die tiefe Besorgnis über den Bau von Denkmälern für die verbrecherische Nazi-Organisation ausgedrückt. Gedenkstätten dieser Art fügten den NS-Opfern Unrecht zu, vergifteten die Gedanken junger Menschen und förderten den Extremismus von Rechts.

Die Resolution wurde mit 36 zu 13 Stimmen verabschiedet. Während diese vor allem bei Entwicklungsländern Zustimmung fand, stimmten die europäischen Staaten, Japan, Australien und die USA gegen die Resolution. Hintergrund der Entschließung dürfte die Einweihung eines Denkmals für die „Lettische Legion" im vergangenen Jahr sein. Lettische Politiker hatten versucht, die Ehrung in Schutz zu nehmen. Die Angehörigen der lettischen Waffen-SS seien dieser nicht aus Sympathie für die Nazis beigetreten, sondern wegen ihres Antikommunismus gegen die Sowjetunion. Dabei war doch gerade der Kampf gegen den Kommunismus eine wesentliche Klammer dieser verbrecherischen NS-Organisation. Unterdessen wird auch in der Bundesrepublik die Ehrung von Angehörigen der Waffen-SS fortgesetzt. Und dies nicht nur am offiziellen Volkstrauertag.

Noch am 25. April hatten sich etwa 100 Neonazis auf einem Acker bei Carpin (Mecklenburg-Strelitz) versammelt. Die Anhänger der „Mecklenburgischen" und „Pommerschen Aktionsfront" wollten dort Holzkreuze für Gefallene einer Panzergrenadierdivision der Waffen-SS aufstellen. Die Polizei verhinderte dies noch im Ansatz und ermittelt nun gegen zwei Personen wegen der Verwendung von NS-Symbolen.

Für den 8. Mai, dem Tag der Befreiung von Faschismus, rufen der „Freundeskreis Halbe" und ein „Ehrenkomitee 8. Mai" erneut zu einem „Tag der Ehre" und zum „Ehrendienst der Grabpflege" auf.

hma ■

Aus dem Inhalt:

Bruch mit dem „VdS" ?

BONN. Das Bundesverteidigungsministerium hat „mit sofortiger Wirkung" alle „dienstlichen Kontakte" seiner Truppe zum 1951 gegründeten „Verband deutscher Soldaten e.V." (VdS) und seinen Unterorganisationen „eingestellt". Konkreter Anlaß ist der Abdruck eines Artikels in der Verbandszeitschrift „Soldat im Volk". Vor einem halben Jahr war dort ein Beitrag des stellvertretenden Vorsitzenden der „Nationalsozialistischen Partei Amerikas" abgedruckt worden. Dabei ist es keineswegs neu, das in dem Blatt Autoren vom rechten Rand zu finden sind. Das dem Verband auch lokale Strukturen ehemaliger Waffen-SSler aus der HIAG angehören, scheint die Behörde nie gestört zu haben.

Nach dem Ende der Ära des Generalmajors a.D. Jürgen Schreiber, dessen Bücher in so einschlägig rechten Verlagen wie „Druffel" und „Vowinckel" erschienen, hoffte man 2001 mit der Wahl des CSU-Stadtrats und Gebirgsjägers Horst-Erich Hoppe zum neuen VdS-Bundesvorsitzenden, dem Problem Herr zu werden. Fehlanzeige.

Mit Spannung darf nun betrachtet werden, ob die Kontakte der Bundeswehr zum VdS, bei dem auch schon MdB Martin Hohmann (CDU) gesprochen hatte, auch tatsächlich eingestellt werden oder ob den „dienstlichen Kontakten" nun vermehrt private Kontakte folgen werden. *hma* ■

Alt-Neuer Waldeck-Geist

DORWEILER/HUNSRÜCK. Der linke Liedermacher Franz-Josef Degenhardt hat eine persönliche Teilnahme am 40. Musikfestival auf der Burg Waldeck im Hunsrück abgelehnt. In seinem, im Mitteilungsblatt „Köpfchen" der „Arbeitsgemeinschaft Burg Waldeck e.V" (ABW) abgedruckten Brief, kritisiert Degenhardt, einer der frühen Akteure der Waldeck-Festivals, die „Rolle rückwärts" die „da oben im Hunsrück" vorgeführt wird. „Ein neuer „Geist" kehrt zurück, hin zum Traditionellen, Deutschnationalen, Banal-Idyllischen, Esoterischen, Anti-Aufklärerischen und Anti-Sozialistischen/Anti-Kommunistischen", schreibt der Liedermacher. Dieser Geist sei in den Sechzigern „bei unseren Festivals" – wenigstens kurzzeitig – vertrieben worden. Dieser „zurückgekehrte zutiefst konservative bis reaktionäre „Geist" zeige sich „nicht nur direkt in politicis und philosophicis" sondern „zunehmend in der beinahe fanatischen Vorliebe für das so genannte traditionelle Lied unter Ausschluss des musikalisch wie inhaltlich Neuen". Die Waldeck-Festivals der Sechziger seien durch „Konkretisierung", „Hereinnahme des aktuell Gesellschaftlichen" und „den gerichteten militanten Antifaschismus" geprägt gewesen und durch „die Kritik am idyllisch gemachten und dargebotenen Liedgut, am Romantizismus" und der „Skepsis gegenüber den traditionellen Liedformen überhaupt".

Die heutigen Festivals dienten nur noch der Bewahrung der „guten alten Lieder", die „nicht verstören sondern gefallen" sollen. Eine solche „Mischung aus provinziellem Mief und deutsch-nationaler Gefühligkeit" und die Unterstützung des neuen Zugs „vom Patriotismus über den Nationalismus zur Barbarei" lehnt Degenhardt rundweg ab.

Das „Geseiche dazu, man dürfe „das Vaterland nicht den Rechten überlassen" sei „unappetitlich". Für mich ist „die Waldeck nicht mehr, wie eine kurze Zeit damals, ein Ort des freien Geistes, dem Aufbruch, dem Neuen, der Aufklärung, der Revolte verpflichtet", so Degenhardt. „Ein Linker meiner Art geht da nicht mehr hin, und aus Nostalgie schon überhaupt nicht". *peb* ■

Sozialdemagogie

STUTTGART. Die Landessprecherin der VVN-BdA, Anne Rieger, hat auf das dreiste Auftreten von Neonazis bei der Demonstration gegen Sozialabbau am 3. April in Stuttgart hin *(siehe Bild)* hingewiesen. Anne Rieger schreibt:

„Die Neonazis Freier Widerstand brüsten sich auf ihre Web-Seite damit, dass sie in Stuttgart mit einem eigenen Transparent an der Sozialabbau-Demo teilgenommen haben. Unten der Text Ihrer Interneterklärung (hier nicht abgedruckt) mit der gleichzeitigen Beschimpfung der Gewerkschaftsfunktionäre. Unsere Ordner, aber auch unsere Mitglieder und wir selber, waren offensichtlich nicht sensibel genug für das Transparent – die Neonazis brüsten sich damit, dass sie die gesamte Route ungestört mitlaufen konnten. Ich bin der Meinung, wir müssen diesen Vorfall gemeinsam auswerten und ernsthafte Schlüsse für zukünftige Demos und Kundgebungen daraus ziehen. Schon am 1. Mai kann uns das wieder passieren.

1. Müssen die Ordner auf diese Kräfte sensibilisiert werden.

2. Müssen wir inhaltlich auf diese braunen Sozialdemagogen reagieren und in unseren Organisationen darüber informieren und gegebenenfalls auch aufklären.

Die braune Sozialdemagogie gab es nicht nur vor und nach 1933 sondern wir hatten hier in Baden-Württemberg bei jedem Wahlkampf gegenüber den Reps damit auseinanderzusetzen. Ich gerne bereit, auf Gewerkschaftsveranstaltungen dazu zu informieren und zu referieren. Meine Recherchen und Unterlagen, die ich während der Anti-Reps-Wahlkämpfe gesammelt habe, sind noch vorhanden."

Anne Rieger, Landessprecherin der VVN-Bund der Antifaschisten Baden-Württemberg ■

Kein Einsatzbefehl für Mittenwald

GARMISCH-PARTENKIRCHEN. Das Gebirgsmusikkorps hat seinen traditionellen Auftritt beim Pfingsttreffen auf dem Hohen Brendten abgesagt. Dieser Schritt habe nichts mit den „Krawallmachern" zu tun, die in den vergangenen Jahren versucht hatten, die größte Soldatenfeier Deutschlands zu stören, sagte der Presseoffizier Treude. „Die Bundeswehr kneift nicht", so Treude, auch nicht vor dem Westdeutschen Rundfunk. Der hatte im Vorjahr in einem politischen Magazin das Pfingsttreffen zu einer Veranstaltung „Ewiggestriger" abgestempelt. „Diese Feier ist nicht anrüchig", betont Treude, aber aus „internen Gründen" könne der



Einsatzbefehl für das Gebirgsmusikkorps am 30. Mai nicht ausgegeben werden.

Gleichwohl werde der Standortälteste von Mittenwald, Oberstleutnant Rainer Stähler, wie gewohnt den Kameradenkreis bei der Ausrichtung der Großveranstaltung unterstützen, etwa in puncto Organisationspersonal, Ehrenposten oder Kranzträger. Für logistische Hilfe, zum Beispiel den Transport von Gehbehinderten und älteren Teilnehmern, versichert Stähler, müssten die Veranstalter wie schon immer bezahlen. Der Kommandeur der Gebirgs- und Winterkampfschule selbst wird auch heuer wieder am Pfingsttreffen teilnehmen, „denn der Kameradenkreis bewegt sich auf der Linie des Traditionserlasses der Bundeswehr.“ Der Gedenkgottesdienst am Ehrenmal sei für ihn „der Volkstrauertag der Gebirgsjäger“. Bei einem „Abdriften nach rechts“ würden die Soldaten den Hohen Brendten selbstredend verlassen. Das sei aber nicht zu erwarten.“

Ob die Weisung aus München ein einmaliger Vorgang ist oder sich 2006 wiederholt, wollte Presseoffizier Treude nicht konkret beantworten.

Garmisch-Partenkirchner Tagblatt 28. April 2004 ■

Burschentag in Eisenach 3.-6. Juni 2004

EISENACH. Wie auch in den letzten Jahren treffen sich in der Woche nach Pfingsten Burschenschafter der Deutschen Burschenschaft (DB) in Eisenach. In diesem Jahr findet das Treffen in der Zeit vom 3.-6. Juni statt. Nach wie vor ist die Betrachtung innerhalb Eisenachs sehr ambivalent: Freuen sich vor allem die Gaststätten und die Eisenacher Brauerei, so irritiert der merkwürdige Aufzug der Burschenschafter doch einige.

Im letzten Jahr sind die Burschenschafter mit dem festen Vorsatz angetreten, „ihren Ruf zu verbessern" (TA, 11.06.2003). Anlass hierfür war, das bei "früheren Treffen erlebbare Bild von extrem konservativen bis hin zu deutschnationalen und offen rechtsradikalen Meinungsäußerungen zu relativieren" (ebd.). Dies ist ihnen, wie man wenige Tage später bereits erneut in der TA lesen konnte, wohl kaum gelungen, denn – so titelte die TA – „Nun doch eine extreme Rede“. Dieser Artikel berichtete über den Festkommers in der Assmann-Halle, zu dem der ehemalige Bundeswehr-Generalmajor Gerd Schultze-Rohnhof eine „dem Inhalt nach sehr streitbare Rede" (TA, 16.06.2003) hielt. In dieser geschichtsrevisionistischen Rede stellte er neue Thesen über den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges auf. Ihm zur Folge sei der zweite Weltkrieg auf keinen Fall auf die Alleinschuld Deutschlands zurückzuführen, sondern habe „viele Väter“. In einem entsprechenden Kommentar der TA, der neben dem Vortrag u.a. das Singen der ersten Strophe der deutschen Nationalhymne kritisiert, wird das Problem mit der Frage umschrieben, "wo wird Patriotismus zu Nationalismus?".

U.a. dieser Frage wollen wir in diesem Jahr nachgehen und im Vorfeld des Burschentages der Bevölkerung mit eigenen Veranstaltungen und einer Zeitung einige Hintergrundinformationen rund um das Verbindungswesen vermitteln. Diese Zeitungen können über die Verwaltungsstelle Eisenach oder das DGB Büro in Eisenach ab Mitte Mai 2004 bezogen werden.

Mark Seeger, IG-Metall Jugendsekretär, Verwaltungsstellen Eisenach/ Gotha und Nordhausen Eisenach: 03691/ 2549-21 Nordhausen: 03631/4689-15 ■

Berufsverbot für Mahler

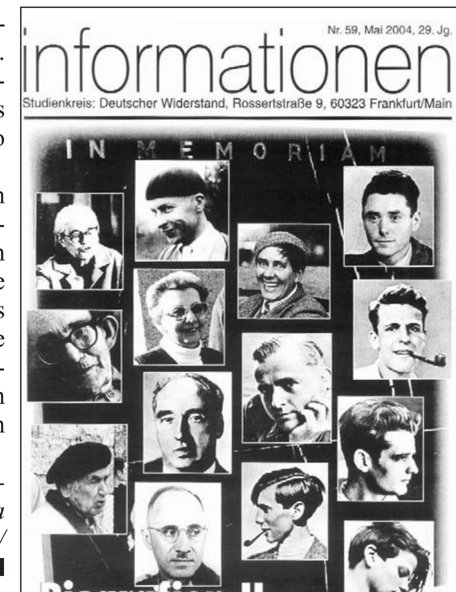
BERLIN. Das Amtsgericht Berlin-Tiergarten hat ein vorläufiges Berufsverbot gegen den Anwalt und Rechtsextremisten Horst Mahler verhängt. Das Gericht habe auf Antrag der Staatsanwaltschaft bereits am 8. April entschieden, dem 68-Jährigen die Tätigkeit als Anwalt zu untersagen, sagte ein Gerichtssprecher. Anlass seien Äußerungen in einem Prozess wegen Volksverhetzung gewesen. Mahler habe gegen den Beschluss Beschwerde eingelegt, über die noch nicht entschieden sei, so der Sprecher.

Laut dem „Tagesspiegel“ wird Mahler eine „menschenverachtendeHandlungsweise“ vorgeworfen. In dem Prozess nutzte Mahler demnach seine Rechte als Angeklagter, um stundenlang gegen Juden zu hetzen, den Holocaust zu leugnen und sich abfällig über Ausländer äußern. Zudem erkenne Mahler die Gerichte der Bundesrepublik nicht an und gehe davon aus, dass sämtliche Gesetze aus der Nazi-Zeit wie etwa die so genannten Nürnberger Rassegesetze zur Entrechtung der Juden weiterhin gültig seien, heißt es in dem Zeitungsbericht. In dem Strafverfahren ist Mahler gemeinsam mit zwei weiteren Rechtsextremisten der Volksverhetzung angeklagt.

www.tagesschau.de - 19.04.2004 ■

Nazistische Umtriebe in Südhessen – Einweihungsfeier der „Kameradschaft Bergstraße“

HESSEN. Am Samstagabend, den 24.04.2004 fand in Hochstädten bei Bensheim eine Feier mit ca. 100 Neonazis statt. Anlass der Feier war die Einweihung der neuen Räumlichkeiten der sogenannten „Kameradschaft Bergstrasse“. Zu dieser „geschlossenen Gesellschaft“, wie ein Schild an der Tür besagte, waren Gäste mit „persönlicher Einla-



Ein neues Heft der „Informationen“ ist erschienen mit vielen interessanten Aufsätzen zu Biografien von Widerstandskämpferinnen und -kämpfern. Es ist zum Preis von 5,50 Euro (Abo 11 Euro) beim Studienkreis Deutscher Widerstand, Rosertstr. 9, 60323 Frankfurt/Main, email: kontakt@studienkreis-widerstand-1933-45.de zu beziehen

dung“ aus dem gesamten Bundesgebiet und der Schweiz angereist.

Die Polizei hatte mit einem großen Aufgebot Straßensperren am Ortsausgang von Auerbach und in der Mitte von Hochstädten eingerichtet, an denen sie bei potentiellen Besuchern der Feier Personalien kontrollierte und diese nach Waffen durchsuchte.

Die von den Neonazis auf 5 Jahre angemietete Halle, die vermutlich zur Schlosserei A. Greif gehört bzw. direkt an diese angrenzt, befindet sich in der Mühlthalstr. 22, schräg gegenüber der Marmorwerke. Pikant ist dabei auch, dass zur Zeit des Nationalsozialismus dort 46 griechische Zwangsarbeiter in einem Steinbruch „arbeiten“ mussten; ihr Grab findet sich außerhalb der Auerbacher Friedhofsmauern. Ebenfalls in Auerbach befindet sich eine jüdische Synagoge.

Es ist damit zu rechnen, dass in den Räumlichkeiten in Hochstädten neben regelmäßigen „Kameradschaftsabenden“ auch größere Feiern und Konzerte mit rechtsradikalen Bands stattfinden werden. Ein Blick in Tageszeitungen und Polizeiberichte zeigt, dass solche Veranstaltungen ein erhebliches Gewaltpotential darstellen und es oft zu Straftaten (Verwendung verfassungswidriger Kennzeichen, Abspielen verbotener rechtsradikaler Musik, Übergriffe auf

⟶

NPD und „freie Kräfte“ rücken enger zusammen!

Düsseldorf. Einmal mehr führte am 18. April der nordrhein-westfälische Landesverband der NPD ungestört seinen Parteitag durch. Nachdem dieser in den letzten Jahren zumeist im Ruhrgebiet stattgefunden hatte, bevorzugte man dieses Jahr die Abgeschiedenheit des Märkischen Kreises.

Eigenangaben zufolge stand der Parteitag unter dem Motto „Offensive 2004“, um „zu dokumentieren, daß sich der einst im Dornröschenschlaf befindliche und von V-Männern unterwanderte Landesverband nach deren Entfernung inzwischen zu einen aktivistischen und funktionierenden Verband gemausert hat.“ Offenbar war sich die Versammlung einig über eine weitere Intensivierung der Zusammenarbeit mit den „Freien Kameradschaften“. Die Wahl des zuständigen Landesvorstandsmitgliedes für „außerparteiliche Koordination“, Claus Cremer aus Bochum, zum stellvertretenden Landesvorsitzenden untermauert dieses. Der ehemalige NF-Stützpunktleiter Lüdenscheid, Stephan Haase, wurde zudem in seinem Amt als NPD-Landesvorsitzender bestätigt. Neben Crämer fungieren noch der Iserlohner Timo Pradel und der Bocholter Mathias Rochow als Stellvertreter Haases. Ebenso in den Landesvorstand gewählt wurden Thorsten Bagehorn (Velbert, NPD KV Mettmann), Stephan Flug (KV Siegen-Wittgenstein), Manfred Gutsche (KV Minden-Lübbecke), Detlef Hebbel (Velbert, KV Mettmann), Willibert Kunkel (KV Aachen), Bernd Kremer (KV Essen), Wolfgang Mond (KV Hagen), Matthias Pohl (KV Steinfurt), Horst Rosenow (KV Dortmund), Dennis Witt (KV Essen) und Nico Wedding (KV Duisburg). Insgesamt kann auch von einer weiteren Verjüngung des Landesvorstandes gesprochen werden, von den älteren langjährigen Funktionsträgern sind nur Kremer und Rosenow übrig geblieben. Neben dem „Kampf um die Straße“ möchte man auch bei den Kommunalwahlen antreten: „In einigen Kreisverbänden, darunter in Aachen, Märkischer Kreis, Mettmann, Mönchengladbach, Köln und Ennepe-Ruhr-Kreis“ plane man „Kommunalwahlantritte im Herbst diesen Jahres“.

Bezeichnend für das Zusammenwachsen von NPD/JN und „Freien“ in NRW ist auch, dass sowohl der „Kampfbund Deutscher Sozialisten“ (KDS), als auch die niederländische Neonazi-Partei „Nederlandse Volks Unie“ (NVU) „Grußbotschaften“ an den NPD-Parteitag richteten, die dort verlesen wurden.

Bei den „Freien Kameradschaften“ in NRW scheint man sehr zufrieden mit dem Ergebnis des Parteitages zu sein. „Der freie Widerstand in NRW begrüßt diese Entscheidung“, ließ das „Nationale Infotelefon Rheinland“ wissen. „Der mit dem neuen Landesvorstand einhergehende offensichtliche Kurswechsel der NPD in NRW“ habe „in den vergangenen Monaten, speziell bei größeren Aktionen, für eine sinnvolle Zusammenarbeit an der Basis gesorgt.“

Personell stehen für diese „Zusammenarbeit“ auf Seiten der „Freien“ unter anderen die mit Cremer liierte Sauerländer „Kameradschaftsführerin“ Daniela Wegener, der NVU-„Partijsecretaris“ Christian Malcoci sowie der in Venlo studierende Düsseldorfer Sven Skoda. Auch im Vorfeld der später endgültig verbotenen Neonazi-Demonstrationen in Bochum konnte man Skoda, Cremer, Wegener und niederländische „Kameraden“ beim Flugblattverteilen in der Bochumer Innenstadt antreffen. Als am 2. November des Vorjahrs in den Niederlanden anlässlich des 80. Jahrestages des gescheiterten Hitlerputsches am 9.11.1923 eine Veranstaltung zu Ehren der damals gefallenen „16 Kameraden“ stattfand, saßen neben dem NVU-„Partijleider“ Constant Kusters auch Skoda und Cremer auf dem Podium und hielten Reden. Und am 1. Mai wird man einander in Berlin beim „Marsch der nationalen Einheit zum Tag der Arbeit“ wiedersehen. Auch das „NIT Rheinland“ ruft hier zur Teilnahme auf, während Christian Worch mit seinem Gefolge einen parallelen Aufmarsch in Leipzig durchführen wird.

Einen Monat später wird man einander dann erneut in den Niederlanden sehen. Auf der Internet-Seite von „Widerstand Nord“ kündigen Neonazis für den 5. Juni eine „Gemeinschaftsdemonstration



niederländischer und deutscher Nationalisten“ an. Das Motto lautet: „Gegen amerikanische Aggressionspolitik“. Nähere Infos würde beizeiten die NVU bekannt geben. In der aktuellen Ausgabe der niederländischen Neonazi-Postille „Wij Europa“ kündigt deren Herausgeber Constant Kusters außerdem einen Aufmarsch gegen einen Moscheebau in Arnheim an. Des weiteren ist in dem Bochumer Ortsteil Wattenscheid eine weitere Stärkung der Neonaziscene um die NPD/JN festzustellen.

Neben der seit Jahren dort ansässigen NPD Landeszentrale und der „freien Kameradschaft“ „Wattenscheider Widerstand“ hat sich nun auch ein eigener NPD Kreisverband Wattenscheid gegründet, der sehr aktiv in der Öffentlichkeit auftritt und neben der neuen NPD Landesverbands Hompage nun auch eine eigene HP besitzt.

Die Wattenscheider Nazis und der NPD Landesverband waren neben anderen Nazis aus NRW maßgeblich an der antisemitischen Kampagne gegen den Synagogenbau in Bochum beteiligt, welche auch jetzt noch weiter geführt wird. Als neuer Termin für eine Nazidemo wurde der 26.6.2004 genannt und auf der eigens angelegten Hompage „Gegenoffensive2004“ beworben. Mit Aktionen der Neonazis ist auch diesmal im Vorfeld der Demo zu rechnen.

Antifaschistisches AutorInnenkollektiv
Homepage: http://www.terz.org ■

Fortsetzung von Seite 3

nicht-rechte Jungendliche, MigrantInnen und Obdachslose) kommt.

Bei dieser Feier handelt es sich auch nicht um die erste rechtsextreme Veranstaltung in der näheren Region, so fand z.B. am 25.01.2004 in einem Gasthof in Heppenheim eine Saalveranstaltung mit Peter Naumann, einem verurteilten Rechtsterroristen, statt (siehe auch Starkenburger Echo vom 28.1.04, Seite 4). Auch ein Konzert mit dem rechtsradikalen Liedermacher Frank Rennicke wurde schon in Heppenheim veranstaltet.

Tim Weber, Pressesprecher des Antifaschistischen Aktionstreffens Südhessen ■

Death in June Konzert in Wien geplant

WIEN. Die rechtsextreme Band „Death in June“ soll am 12. Juni wieder einmal in Wien auftreten. Die 1980, von Douglas Pearce, gegründete Gruppe hat in Teilen der Dark Wave Szene Kultstatus. „Death in June“ bezieht sich mit ihrem Namen auf den Todesmonat des SA-Führers Ernst Röhm, pflegt gelegentlich in SS-Uniformen aufzutreten und spart auch sonst nicht mit Nazi-Verherrlichungen.
Das letzte Konzert der Band in Wien konnte trotz Protesten schlussendlich stattfinden. Die Band würde Provokation lediglich als künstlerisches Stilmittel benutzen, so die VeranstalterInnen damals. Der genaue Veranstaltungsort steht noch nicht fest. *TATblatt 209, April 2004* ■

Gedenkstätte „Alte Pathologie" eingeweiht:

Zu forschen gibt es noch jede Menge

von Thomas Klaus

Die Mitglieder des 1999 gegründeten Gedenkkreises Wehnen haben jetzt einen großen Meilenstein zurück gelegt: Mit der Einweihung der Gedenkstätte „Alte Pathologie" auf dem Gelände des Landeskrankenhauses in Wehnen (Landkreis Ammerland) bei Oldenburg gilt eine der wichtigsten Forderungen dieses Zusammenschlusses von Opferangehörigen der nationalsozialistischen Euthanasie als erfüllt.

Während der Nazizeit – sowie kurz vor und nach ihr – wurden in Wehnen mehr als 1.500 Menschen als „unnütze Esser" beziehungsweise „Lebensunwerte" umgebracht. Man ließ sie verhungern, verabreichte ihnen tödliche Medikamente oder nahm todbringende Infektionen in Kauf.

Beim Festakt aus Anlass der Einweihung wurde der Ammerländer CDU-Bundestagsabgeordnete Thomas Kossendey besonders herzlich begrüßt. Der Parlamentarier hatte sich leidenschaftlich für das Projekt engagiert „und viele, vor allem politische Türen für uns aufgestoßen", wie ihm die Gedenkkreis-Vorsitzende Gertrud Knöttig bescheinigte. Sie verdeutlicht: Die Euthanasie habe sich in der Heil- und Pflegeanstalt Wehnen, der Vorgängereinrichtung des Landeskrankenhauses, in einer dezentralen und scheinbar zufälligen Weise vollzogen. Grundlage sei aber eine planmäßige Selektion gewesen. „Die Patienten starben vereinzelt auf ihren Stationen in den verschiedenen Gebäuden der Anstalt", so Frau Knöttig. „Jedoch vereinte sie der Tod in der Alten Pathologie", einem Gebäude aus dem 19. Jahrhundert, das ursprünglich als Leichenhalle konzipiert war. Unter dem Naziregime richteten die Ärzte hier einen Obduktionsraum ein. Er diente als Labor für ihre erbbiologischen Forschungen an den getöteten Menschen.

Diese menschenverachtenden Experimente stehen im Fokus der neuen Gedenkstätte. Doch sie will noch mehr, wie Gedenkkreis-Sprecherin Edda Minssen ausführt: „Mit dem Patientenmord ging ein mitleidloses System von Denunziation, Ausschnüffelung und Repression einher, dem alle als erbkrank Verdächtigen ausgeliefert waren. Auch diese und andere Seiten der NS-Gesundheitspolitik will die Gedenkstätte einer interessierten Öffentlichkeit nahe bringen."

Wann die Gedenkstätte „Alte Pathologie" für die Öffentlichkeit zugänglich sein wird, steht allerdings noch nicht fest. Zunächst müssen noch weitere Patienten-Akten gesichtet werden. Bislang konnte der ehrenamtlich wirkende wissenschaftliche Berater des Gedenkkreises, Dr. Ingo Harms, erst 1.500 dieser Dokumente analysieren. Rund 10.000 weitere Krankenakten müssten in absehbarer Zeit noch begutachtet werden – ohne eine hauptamtliche Stelle ein Ding der Unmöglichkeit, wie Gertrud Knöttig und Edda Minssen übereinstimmend feststellen.

Ein anderes Ziel des Gedenkkreises Wehnen:

Auf dem Friedhof in Wehnens Nachbarort Ofen werden Massengräber von Euthanasie-Opfern vermutet. Für sie soll ein Denkmal errichtet werden. Im September 2001 war bereits ein Gedenkstein auf dem Gelände des Landeskrankenhauses Wehnen enthüllt worden. Sobald die Gedenkstätte „Alte Pathologie" von der Öffentlichkeit genutzt werden kann, strebt der Gedenkkreis unter anderem Wanderausstellungen beispielsweise durch Schulen an. ■

Viermal Leben

HAMBURG-BLANKENESE. Den ehemals etwa 150 in dem Hamburger Elbvorort lebenden Jüdinnen und Juden ein Haus zu geben, das ist die Idee des „Vereins zur Erforschung der Geschichte der Juden in Blankenese". Doch noch ist die Realisierung eines solchen Ortes des Erinnerns und Gedenkens in weiter Ferne. Mit der derzeit vom Verein präsentierten Ausstellung „Viermal Leben – jüdisches Schicksal in Blankenese" gelang es eindrucksvoll, dieses dunkle Kapitel heimischer Historie schon jetzt in die Gegenwart zu holen. Mit einfachen Mitteln – und gerade dadurch sehr eindringlich – wird die Geschichte der „Entjudung" Blankeneses erzählt: Jüdische Menschen wurden verfolgt, entrechtet, beraubt, enteignet und deportiert, viele von ihnen überlebten den barbarischen faschistischen Terror nicht. Hinter abstrakten Zahlen verbergen sich persönliche Schicksale, das wird anschaulich anhand der Biographien dreier Jüdinnen und eines Juden verdeutlicht.

Den vier in der Ausstellung Portraitierten Alma del Banco, Ida Dehmel, Sophie Jansen und Julius Asch ist ein sehr subjektiver Umgang mit der faschistischen Bedrohung gemein: Angesichts der drohenden Deportation entschlossen sie sich, lieber aus dem Leben zu scheiden, als den Faschisten in die Hände zu fallen. Die Malerin Alma del Banco nahm sich mit einer Überdosis Morphium das Leben, nachdem sie den Deportationsbescheid nach Theresienstadt zugestellt bekommen hatte. Die Frauenrechtlerin Ida Dehmel schluckte eine Überdosis Tabletten. Die Massendeportationen und ihr hoffnungsloser Gesundheitszustand haben sie zu diesem Schritt veranlasst. Sophie Jansen, Autorin und erste weibliche Armenpflegerin, brachte sich in ihrer Küche um, einen Tag, bevor sie nach Theresienstadt deportiert werden sollte. Der Kaufmann Julius Asch wählte den Freitod in der Elbe, nachdem sein Versuch, nach England auszuwandern, endgültig gescheitert war. Auch er wusste, dass andernfalls sein Weg nach Theresienstadt vorgezeichnet war.



Ihnen – und einigen weiteren namentlich bekannten Personen – widmete Gunter Demnig im Rahmen des Begleitprogramms Stolpersteine, die am 14. April verlegt wurden. Mit diesen mit Messingschildern versehenen Betonsteine, in die die Namen der Toten eingraviert sind, kreierte der Kölner Bildhauer eine neue Form der Erinnerung an Opfer des Faschismus. Mittlerweile liegen in Hamburgs Gehwegen mehrere hundert solcher Steine, sie kennzeichnen Häuser, in denen Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma sowie Kommunistinnen und Kommunisten ehemals gelebt haben.

Konzipiert wurde die Ausstellung „Viermal Leben" von Ursula Böhm, Petra Bopp und Hannes Heer von der Agentur exhibit. Sie ist noch bis zum 18. Mai 04 im Gemeindesaal der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde, Mühlenberger Weg 63a, zu sehen. Öffnungszeiten: Mo - Fr: 9 - 12h und 15 - 20h, Sa u. So. 11 - 18h.

Infos zur Ausstellung und zum umfangreichen Rahmenprogramm unter: www.lab-01.de/4xleben.

Birgit Gärtner ■

14- bis 17-Jährige unter NPD-Einfluss

Aber: NPD-Veranstaltung im Voraus verhindert!

Neuenkirchen (Landkreis Soltau-Fallingbostel). Am Mittwoch 14.4.04 wurde dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) bekannt, dass die NPD am Samstag 17.4.04 vor Jugendlichen in Neuenkirchen einen Vortrag halten wollte.

Seit einem Jahr ist uns bekannt, dass sich in Neuenkirchen von rechtsextremen Gedankengut beeinflusste 14- bis 17-jährige Jugendliche regelmäßig treffen. Die Nazi-Musik, Bekleidung und ihre Aktionen passen so recht zur Nazi-Jugendszene. Sie unterhalten regelmäßige Kontakte zu Naziskins und ähnlichen Gruppen in benachbarten Landkreisen sowie zum NDP-Unterbezirk Lüneburg, zu dem auch der Landkreis Soltau-Fallingbostel gehört.

In einem ihrer Treffpunkte, in der seit November 2003 geschlossenen Gaststätte „Waldschänke", Pommernstr. 30 A in Neuenkirchen, sollte am 17.4.04 ein Vortrag mit Video-Projektion mit dem, in Nazikreisen bekannten, verurteilten Rechtsterroristen Peter Naumann stattfinden. Für die Veranstaltung zum Thema „Bomben aus zweiter Hand - Die Lockspitzel des Verfassungsschutzes und der „rechte" Terror" wurden ausschließlich Mitglieder und Sympathisanten der NPD geladen.

In der Veranstaltung will der verurteilte Rechtsterrorist nachweisen, dass Anschläge und Morde von Neonazis vom Verfassungsschutz gesteuert bzw. durchgeführt wurden. Durch solche Aktionen sollte auch das NPD-Verbotsverfahren „propagandistisch vorbereitet" und eine „Pogromhetze gegen nationale Deutsche" initiiert werden. So behauptet Naumann, dass z.B. der mörderische Anschlag auf das Münchener Oktoberfest am 23.9.1980 vom Verfassungsschutz selbst durchgeführt wurde. Angeblich ist der Nazi Gundolf Köhler, der bei diesem Anschlag starb und ein weiterer Nazi vom Verfassungsschutz zu einem Treffpunkt auf dem Oktoberfest gelockt worden, wo dann die Bombe detonierte.

Auch wenn nachweislich der Verfassungsschutz eng mit Nazi-Strukturen verwoben ist und V-Leute an diversen Gewalt- und Straftaten beteiligt waren und sind, versucht Peter Naumann mit seinen Verschwörungstheorien von der in Nazi-Strukturen und deren faschistischen Ideologie innewohnenden menschenverachtenden Gewalt abzulenken.

Peter Naumann hat in Frankreich, Italien und Deutschland etliche Sprengstoffattentate verübt, u.a. auf zwei Fernsehmasten, um die Ausstrahlung des Filmes „Holocaust" zu verhindern. Bei der Aufhebung eines großen Waffen- und Sprengstoffdepots in der Lüneburger Heide 1981 wurden Naumanns Fingerabdrücke sichergestellt.

Auch Manfred Börm aus Handorf, Vorsitzender des NPD-Unterbezirks Lüneburg und Einlader zum Vortrag in Neuenkirchen, ist verurteilter rechter Straftäter. Er war u.a. Funktionär der inzwischen verbotenen Wikingjugend und an Aktionen einer „Wehrwolf"-Untergrundgruppe beteiligt. Wegen eines Banküberfalls und eines Überfalls auf ein Waffendepot der Bundeswehr wurden er und seine Freunde, u.a. Michael Kühnen und Uwe Rohwer, als Mitglieder einer „kriminellen Vereinigung" zu Haftstrafen verurteilt.

Dass die NPD-Veranstaltung mit Jugendlichen in Neuenkirchen verhindert werden konnte, ist der Aufmerksamkeit der Antifa Infogruppe Celle und den schnellen und breiten Aktivitäten der Antifaschistischen Initiative Soltau-Fallingbostel und des DGB zu verdanken. Gemeinsam haben wir Schulen, KommunalpolitikerInnen, Gewerkschaftsmitglieder, Nachbarn, Lokalpresse u.a. informiert. So viel Öffentlichkeit und die Möglichkeit, dass vor dem Lokal eine Demonstration stattfindet, war den Neonazis für eine Veranstaltung zur Indoktrination Jugendlicher zu viel. Sie setzten die Veranstaltung ab.

Andere Veranstaltungen der NPD mit Peter Naumann fanden jedoch statt: Am 15.4. im Raum Osnabrück, 16.4. in Zeven, 18.4. in Bremerhaven, 19.4. in Hagenow.

Der DGB plant, den Neuenkirchener Schulen sein Jugendprojekt „Für Demokratie Courage zeigen" anzubieten. An Projekttagen wird sich in Schulklassen gezielt mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt auseinandergesetzt. Damit soll u.a. versucht werden, dass erst gar kein Umfeld und Nachwuchs für Neonazis entsteht.

Die Propaganda und Anhangbildung der rechten menschenverachtenden Ideologie muss insbesondere bei jungen Menschen unterbunden werden. Denn: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

PM DGB Region Nord-Ost-Niedersachsen, Geschäftsstelle Celle, 22.4.04
Tom Seibert, DGB Regionsvorstand Nord-Ost-Niedersachsen
H-D. Charly Braun, DGB Regionssekretär ■

Neonazis mit Totschlägern störten GEW-Versammlung



Verden. Am 22. April wollte die GEW eine Versammlung zum Thema Rechtsextremismus durchführen. Rund 60 Pädagogen waren der Einladung in den Niedersachsenhof gefolgt. Kurz nachdem die Veranstaltung begonnen hatte, tauchten 25 Rechtsextreme hinter dem Hotel auf. Die Neonazis waren bewaffnet: mit Totschlägern, Axtstielen, Reizgasen, Sturmhauben, mit Sand präparierten Handschuhen. Auch NPD-Plakate hatten sie dabei.

Über Megaphon versuchten sie mit rechtsextremen Parolen die Pädagogen im Saal massiv zu stören. Was sie nicht wussten: die Polizei war gerüstet. Aufmerksam geworden durch einen ausspionierenden Anruf bei einem GEW-Vertreter und aufgrund des Themas war mit Störungen von Neonazis gerechnet worden, so dass etliche Einsatzkräfte vor Ort waren und der Dinge harrten, die dann auch kamen. Nachdem sowohl Versammlungs- als auch Waffengesetz gebrochen waren, wurde die Polizei aktiv und nahm von den Flüchtenden 22 Neonazis im Alter von 19 bis 28 Jahre fest.

Bereits nach einer halben Stunde war der Spuk vorbei und die Veranstaltung konnte fortgesetzt werden. Ein gerichtliches Nachspiel für die Festgenommenen wird folgen.

Die GEW kündigte an, verstärkt aktiv zu werden gegen Neonazis, denn bereits seit längerem verteilen NPDler immer wieder in allen Orten des Landkreises Verden/Aller morgens früh vor allen Schulen (sowohl Haupt- und Realschulen, als auch Gymnasien) ihre Zeitschrift REBELL und antifaschistische Jugendliche werden oft bedroht.

Quelle: VAZ vom 23. April 2004 ■

Neonazi-Gewalt in Frankreich I:

Jüdischer Friedhof im Elsass geschändet

Die Täter wussten, was sie taten, denn sie hatten das Datum wohl mit Bedacht gewählt. Am Freitag, 30. April wurde vormittags die Schändung des jüdischen Friedhofs von Herrlisheim im französischen Département Haut-Rhin (südliches Elsass), bei Colmar, entdeckt. Der Fahrer eines zufällig vorbei kommenden LKW hatte die Behörden alarmiert. Die Datumswahl ist kein Zufall: Auf einem der beschmierten und besudelten Grabsteine war „30.4. 1945“ aufgemalt. An jenem Tag beging Adolf Hitler in seinem Bunker in Berlin Selbstmord; ihm hatten die Neonazis, die unzweifelhaft die Urheber der Schändung waren, auf ihre Weise „gedenken“ wollen.

Dabei wurden in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag 127 Grabsteine und eine Gedenktafel „für die Opfer der NS-Barbarei (1940 - 45)“ mit Hakenkreuzen, SS-Runen, faschistischen Keltenkreuzen oder Nazisprüchen beschmiert. In deutscher Sprache wurde etwa „Juden raus“, „NSDAP“ oder „Ein Reich, ein Volk, ein Führer“ geschrieben. Zwei schwarz-rot-gelbe Deutschlandfahnen wurden aufgefunden, auf denen „Ein Reich - Elsass - Sieg für unser Führer“ (Rechtschreibung im Original) stand. Der jüdische Friedhof des 1.800 Einwohner zählenden Herrlisheim wurde bereits zum vierten Mal geschändet, das letzte Mal davor am 30. August 1992 (mit 193 umgeworfenen oder zerbrochenen Grabsteinen). Das liegt einerseits daran, dass er sich an einem relativ abgelegenen Ort befindet und daher den Tätern das unbemerkte Agieren erleichtert. Andererseits hängt es damit zusammen, dass die extreme Rechte im Elsass insgesamt stark ist, mit 27 Prozent der Stimmen (für den Front National und die rechtsextremen Regionalisten von „Alsace d'abord“ zusammen genommen) bei den Regionalparlamentswahlen im März 04. Eine ausgeprägte „Deutschfreundlichkeit“ ist in manchen rechten Kreisen verbreitet, wenngleich gesellschaftlich minoritär.

Insgesamt wurden in Frankreich im ersten Vierteljahr 2004 bereits 67 antisemitische Straftaten und 160 Drohungen registriert. Dabei gehen allerdings beileibe nicht alle solche Taten auf rechtsextreme Kreise zurück; denn auch sozial marginalisierte Randgruppen der arabischstämmigen Einwandererjugend verüben seit dem Jahr 2000 vermehrt Übergriffe auf französische Juden, als Folge einer chauvinistischen Rezeption des Nahost-Konflikts. Gleichzeitig und unabhängig davon kommt es in Frankreich seit zwei Jahren, als ideologische Folgewirkung der 11. September-Attentate, auch vermehrt zu Attacken von Rassisten auf moslemische Kultstätten und daneben auf maghrebinische Geschäfte. Allein sechs davon wurden nur im Monat April im südelsässischen Département Bas-Rhin verübt (Quelle: „Journal du dimanche“, 02. Mai).

Positiv wurden im konkreten Fall die schnellen Reaktionen aufgenommen: Staatspräsident Jacques Chirac telefonierte sofort mit dem Präsidenten der israelitischen Kultusgemeinde des Départements, Pierre Dreyfus. Und sein Innenminister Dominique de Villepin nahm noch am Freitag nachmittag an einer kurzen religiösen Zeremonie teil. Frankreich war wegen der hohen Anzahl von Attacken gegen jüdische Einrichtungen und Personen, die vor allem zwischen 2000 und 2002 - u.a. in Folge einer Identifikation französischer Juden mit der israelischen Politik durch einen (kleinen) Teil der französischen Araber - verübt wurden, in die internationale Kritik geraten. Am Sonntag, 2. Mai nahmen in Herrlisheim mehrere hundert Menschen an einer Protestkundgebung gegen die Schändung des jüdischen Friedhofs teil.

BhS, Paris ■

Neonazi-Gewalt in Frankreich II:

Waffenarsenal ausgehoben

Wie am 7. April 04 landesweit bekannt wurde, hatte die französische Polizei am 30. März sowie 2. April dieses Jahres eine Neonazigruppe in der Region Centre (um Orléans) ausgehoben und dabei beeindruckende Mengen von Waffen sowie Propagandamaterial beschlagnahmen können. Dabei wurden Strafverfahren gegen 14 vorwiegende jüngere Personen wegen Bildung einer illegalen „Kampfgruppe“ und unerlaubtem Waffenbesitz eröffnet, wie der Staatsanwalt von Châteauroux, Pierre Valleix, vor der Presse erklärte. Und ihr mutmaßlicher Chef wurde in Untersuchungshaft genommen. Es handelt sich um den Besitzer einer Kneipe in Saint-Maur, einem Vorort der Bezirkshauptstadt Châteauroux; die Kneipe muss eines der wichtigsten Anlaufzentren der Gruppe dargestellt haben. Aufgrund bereits damals über ihren Betreiber vorliegender Informationen hatten die örtlichen Behörden, zu Anfang des Jahrzehnts, zunächst die Eröffnungsgenehmigung verweigert.

Die Polizei war ab 2001 auf die Gruppe aufmerksam geworden. Sie verteilte Flugblättern vor Schulgebäuden und beschmierte die Wohnhäuser bestimmter, aus ihrer Sicht unliebsamer Lehrkräfte. Die Durchsuchung der Kneipe im Vorort von Châteauroux sowie eines Bauernhofs in Mézières-en-Beauce im gleichen Bezirk förderten ein ganzes Waffenarsenal zutage: ein „perfekt unterhaltenes“ Maschinengewehr aus dem Zweiten Weltkrieg, Jagdgewehre, mehrere hundert Schuss Munition für Jagd- und auch Kriegswaffen, Handgranaten, Gasmasken und Militärklamotten. Beschlagnahmt wurde auch umfangreiche geschichtsrevisionistische Literatur sowie mehrere Exemplare der Zeitschrift „L¹Epervier“ (Der Sperber), die durch den inhaftierten Kneipenwirt vertrieben wurde.

Die Gruppe stukturierte sich anscheinend rund um diese Zeitschrift sowie um Konzerte mit Neonazi-Musik, genannt „Rock identitaire“. Zu diesem Zweck hatte ihr Chef die Vereinigung „Bleu Blanc Rock“ (Blau-Weiß-Rock) angemeldet. Die Namensgebung lehnt sich an das auf der gesamten extremen Rechten verbreitete Identifikationskürzel BBR (eigentlich für „bleu blanc rouge“, Blau-weiß-rot wie die Nationalfarben) an – so taufte der Front National sein früher alljährlich stattfindendes Fest.

Von Interesse sind die Verbindungen der jetzt ausgehobenen Gruppe zur übrigen extremen Rechten. Der verhaftete Kneipenwirt gilt als der früheren Neonazi-Gruppe Unité Radicale (UR) – die im August 2002 nach dem misslungenen Attentat auf Präsident Chirac verboten wurde, siehe AN 17/02 - zumindest nahe stehend. Aber auch zum Front National (FN) bestehen zumindest Kontakte. Der Bezirksvorsitzende des FN in Châteauroux, Michel Hubault, räumte gegenüber „Le Monde“ (08. April) wenigstens eine Mitgliedschaft des Kneipenwirts in seiner Partei ein. Dieser sei allerdings nicht in Parteifunktionen aktiv gewesen. Ansonsten verstehe er nicht, dass die Presse so viel Aufhebens „wegen ein paar gefundener Knaller“ veranstalte. Allerdings tauchte der Kneipenbetreiber im Jahr 1998, laut Impressum, als „Chefredakteur“ des FN-Organs auf Bezirksebene „Le Patriote du Berry“ auf. Und dessen Herausgeber war und ist niemand anders als der Bezirksvorsitzende der Partei, Michel Hubault.

BhS, Paris ■

Großkundgebung des BdV 23.4.04, Marienplatz

Angekündigt war: Ab 15 Uhr Blasmusik, Trachtengruppen und Informationsstände der Landsmannschaften, um 17 Uhr Beginn des offiziellen Programms. Neben dem BdV-Landesvorsitzenden Christian Knauer, der „etwas länger“ sprechen werde, waren Grußworte von Thronfolger Otto von Habsburg und dem CSU-Bundestagsabgeordneten Johannes Singhammer, eventuell auch von dem Vorsitzenden der Sudetendeutschen Landsmannschaft und CSU-Europaabgeordneten Bernd Posselt vorgesehen. Mit 1000 bis 2000 Teilnehmern wurde gerechnet.

Statt 1000 bis 2000 waren es dann maximal 200 Teilnehmer, die am 23. April zu der Kundgebung des BdV (Bund der Vertriebenen) auf den Marienplatz kamen. Info-Stände gab es praktisch nicht, höchstens der Tisch des Deutschen Alpenvereins, Sektion Sudetenland, ließe sich bei gutem Willen so nennen. Ansonsten drängten sich neben der Bühne vier oder fünf kleine Bistro-Tischchen, auf denen verschiedene Broschüren und Vereinsblättchen auf- und durcheinander lagen: Auf dem Tisch der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) waren Broschüren zu finden, in denen sich die Landsmannschaft als Anwalt der Interessen „aller vertriebenen und nationalen Minderheiten in der Welt“ aufbläst und mit einer Karte des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“ suggeriert, dass Böhmen und Mähren eigentlich schon seit Jahrtausenden zum Deutschen Reich gehören, bei der Schlesischen Landsmannschaft verkündeten Faltblätter in englischer Sprache: „‘Schlesien – Deutschlands Osten’, diese Feststellung ist und bleibt politisch, historisch, geographisch und moralisch gültig, und es müsste die Pflicht jedes verantwortlichen Politikers in Deutschland sein, die heutigen Ungerechtigkeiten auf friedlichem Wege zu überwinden“.

Auch von der angekündigten Prominenz war nicht viel zu sehen. Um Grußworte zu überbringen, waren lediglich ein Abteilungsleiter aus dem bayrischen Arbeits- und Sozialministerium sowie der Abgeordnete Singhammer (der vor einiger Zeit ins Gerede kam, weil er unbedingt Jörg Haider nach München einladen wollte) herbeigeeilt. Singhammer kommentierte den bevorstehenden EU-Beitritt Polens und Tschechiens mit denselben Worten, mit denen einst Willy Brandt die Einverleibung der DDR durch die BRD begrüßt hatte: „Nun wächst zusammen was zusammen gehört.“ Wenn die EU jetzt größer werde, so Singhammer kühn, dann sei das ein „Ergebnis der fast 60-jährigen Friedensarbeit der Heimatvertriebenen“. Dann folgten die üblichen Tiraden über die großartige Versöhnungsbereitschaft der Heimatvertriebenen, verbunden mit der stereotypen Forderung nach Aufhebung der Beneš-Dekrete, Heimat- und Selbstbestimmungsrecht sowie der Drohung, bei Nichterfüllung dieser Forderungen sei es „nicht selbstverständlich, dass wir in einer Zeit, in der erstmals die deutschen Renten nicht mehr steigen, über Brüssel den Aufbau der Infrastruktur in den Beitrittsländern finanzieren“.

Der BdV-Vorsitzende Knauer (CSU) dankte in seiner Rede CSU und Sozialdemokraten im Landtag dafür, dass sie sich für die Forderungen des BdV nach Aufhebung der Beneš-Dekrete und „einheitlich“ für ein „Dokumentationszentrum gegen Vertreibungen in Berlin“ eingesetzt hätten. Knauer weiter: „Unsere



Bund der Vertriebenen-Kundgebung war ein Flop – und muss trotzdem ernst genommen werden





Soldaten haben im Kosovo eingegriffen, damit sich dort nicht wiederholt, was uns passiert ist.“ Was im Kosovo alle für richtig befunden hätten, „das muss uns doch auch zustehen, dass wir das für unsere eigenen Leute einfordern“.

Zwei Transparente von BdV-Gegnern, die kurz vor seiner Rede am Rande der Kundgebung aufgestellt worden waren, nahm Knauer zum Anlass für einige primitive Ausfälle, die wiederzugeben nicht lohnt.

Zum Abschluss seiner Rede konnte sich der BdV-Landesvorsitzende nicht enthalten, den offensichtlichen Flop der Veranstaltung zu einem großartigen Erfolg schön zu reden, gleichzeitig aber auch seiner Enttäuschung über die Abwesenheit der eigenen Parteifreunde im Verband recht drastisch Ausdruck zu verleihen. „Als wir uns vor vier Wochen spontan entschlossen, auf den Marienplatz zu gehen, um Flagge zu zeigen, gab es auch in den eigenen Reihen Bedenken. Jetzt werden sich Manche, auch in den oberen Etagen, in den Hintern beißen, dass sie zu feig waren, um hier mit uns Flagge zu zeigen.“

Gesamteinschätzung: Es hat sich wohl um einen Vorstoß des rechtesten Flügels der Vertriebenenverbände gehandelt (vermutlich des Witikobundes, der „nationalen sudetendeutschen Gesinnungsgemeinschaft“, die nach dem 2. Weltkrieg von ehemaligen Funktionären der faschistischen Sudetendeutschen Partei gegründet und über lange Jahre geleitet wurde). Dieser wollte offenbar ausprobieren, wie weit er heute mit Provokationen gegen Tschechien und Polen Resonanz findet und ob sich in der BdV-Mitgliedschaft und in der Bevölkerung vorhandene Ängste vor der EU-Erweiterung demagogisch für die eigenen Zwecke ausnutzen lassen. Die unter dem Einfluss der Paneuropa-Union stehende Fraktion des BdV hat dabei nicht mitgezogen. (Präsident der Internationalen Paneuropa-Union ist Otto von Habsburg, Vorsitzender der deutschen Sektion Bernd Posselt.) Sie pflegt ihre hegemonialen Ziele „seriöser“ zu verfolgen und hatte kein Interesse daran, sich am Vorabend der EU-Erweiterung zu kompromittieren.

Auch wenn es den Akteuren vom 23. April nicht gelungen ist, eine größere Zahl von Menschen zu mobilisieren, zeigt ihr Vorstoß doch, dass sie angesichts des Verlaufs der Debatten zum Thema „Flucht und Vertreibung“ in den letzten Jahren Morgenluft wittern.

Renate Hennecke ■

Vom Münchner Diktat zur Nachkriegsordnung

Geschichte und ihre Instrumentalisierung in der aktuellen deutschen Politik

Historische Fachtagung

FREITAG 7. Mai

19:00 Uhr
Podiumsdiskussion:

EU-Osterweiterung und deutsche Geschichtspolitik. Deutsch-Tschechische Beziehungen und die Kampagne um die sogenannten „Beneš-Dekrete“

Mit
Prof. Eckhard Mehls (Historiker, ehem. HU Berlin)
Renate Hennecke (Redaktion DTN, München)
Jan Sicha (Tschechisches Zentrum, München)
Leo Furtlehner (Journalist, Linz)

SAMSTAG 8. Mai

09:30 – 10:45 Uhr
Tobias Ebbrecht: Heimat TV. Kritische Anmerkungen zur Darstellung von “Flucht und Vertreibung” in deutschen Film- und Fernsehproduktionen

11:00 – 12:15 Uhr
Florian Weis: “Germans may have to face the choice between migration and massacre” - Die britische Haltung zu Grenzziehung und Umsiedlung

13:15 – 14:30 Uhr
Jana Mikota: „Nicht selten reiste der also Ausgewiesene im selben Zug wie der Beamte, freilich nicht in demselben Abteil, ins Landesinnere zurück“: Das Verhältnis von Deutschen und Tschechen im Grenzgebiet der 1930er Jahre

14:45 – 16:00 Uhr
Velten Schäfer: Ein großes Tabu. Aber welches? - Die (west)deutsche Geschichtswissenschaft und das Erbe von Volksgruppenpolitik und Volksgeschichte”

16:30 – 17:45 Uhr
Florian Beck: Realpolitik und Hybris

20:30 Uhr
Die deutsche Böhmen-Neurose
Eine Text-Collage zur historischen Stereotypenforschung zusammengestellt und gelesen von Eva Hahn

SONNTAG 9. Mai

09:30 – 10:45 Uhr
Juliane Gilles: Die Wertung des “Münchner Abkommens” im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess

11:00 – 12:15 Uhr
Jörg Kronauer: Das “Münchner Abkommen” und die Nachkriegsordnung in der außenpolitischen Strategie der bundesdeutschen Rechten, namentlich der Vertriebenenverbände

12:30 – 14:00 Uhr
Steffen Bockhahn: Die Beneš-Dekrete und deren Auswirkungen auf den EU-Beitritt Tschechiens

Während der Tagung ist die Ausstellung *“Am Vorabend des 2. Weltkrieges: München 1938 / März 1939 - Hintergründe, Ereignisse, Folgen”* der Čapek-Gesellschaft für Humanismus und Völkerverständigung e.V. zu sehen.

Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung in Bayern
in Zusammenarbeit mit der
Rosa Luxemburg Stiftung
und der
Redaktion der Deutsch-Tschechischen Nachrichten

Mit freundlicher Unterstützeung durch:
AK Kritische Geschichte
AStA der Geschwister-Scholl-Universität München
Offene Liste der PDS im Stadtrat München

V.i.S.d.P.: Cornelia Fiedler, Schwanthalerstr. 139 Rgb, 80802 München

Anlässlich der Vorbereitung der Fachtagung ist soeben eine Broschüre fertig geworden, die 33 Rezensionen einschlägiger Fachliteratur auf insgesamt 56 Seiten (DIN A4) enthält. Wir dokumentieren das Vorwort. Die Broschüre (Preis 4 Euro) ist über die Veranstalter und Unterstützer der Fachtagung zu beziehen. Die einzelnen Texte finden sich auf der Internetseite des kev (www.kurt-eisner.de/muedik/), dort auch die Broschüre im *.pdf Format. Wir dokumentieren das Vorwort:

Vorwort

Diese Publikation ist im Zusammenhang mit der Tagung „Vom Münchner Diktat zur Nachkriegsordnung – Geschichte und ihre Instrumentalisierung in der aktuellen deutschen Politik“ entstanden. Sie enthält eine Literaturliste und Rezensionen einschlägiger Fachliteratur zu diesem Themenbereich. Wie die Tagung, soll auch sie dazu dienen, Fach- und Hintergrundwissen für eine Diskussion zu liefern, die derzeit oft von einprägsam verkürzten Schlagworten wie „Beneš-Dekrete“, „Vertreibungsunrecht“, oder „Zentrum gegen Vertreibungen“ dominiert wird.

Die Literaturliste hat sich aus den Antworten auf unsere Anfrage an eine Reihe von meist älteren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ergeben, die sich in der Auseinandersetzung mit der Instrumentalisierung dieses Bereichs von Nachkriegsgeschichte in den letzten Jahrzehnten positioniert hatten. Aus den Rückmeldungen der Expertinnen und Experten, die wir angeschrieben haben, entstand die vorliegende Liste relevanter Fachbücher. Nochmals herzlichen Dank dafür.

Die so gewonnenen Titel wurden über das Internet zur Rezension ausgeschrieben, erklärtes Ziel war dabei, NachwuchswissenschaftlerInnen für die Befassung mit dem Thema zu gewinnen. Auf diesem Wege konnten wir Rezensionen von 33 der 85 Titel der Literaturliste erhalten.

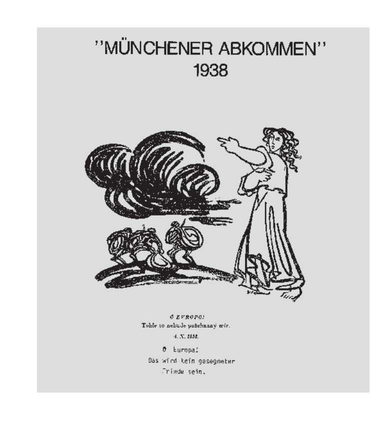
So ist nun ein Heft entstanden, das als Momentaufnahme des Rezeptionsgeschehens begriffen werden kann und den Einstieg in das schwierige Thema erleichtern soll.

Wie schon die Broschüre „Literarische Reflexion – Flucht und Vertreibung in der DDR-Literatur“ erscheint auch dieses Heft in der Reihe DTN-Dossier.

Dem liegt auch die Absicht der Deutsch-Tschechischen Nachrichten zu Grunde, die weitere Entwicklung der politischen Literatur zu diesem Thema zu beobachten und zu gegebener Zeit neuerlich auch in einem Sonderheft, das an die hier vorgelegte Broschüre anschließt, zugänglich zu machen. Über weitere Rezensionsangebote für die folgenden Ausgaben der DTN würden wir uns freuen.

An dieser Stelle noch der Hinweis, dass die Vorträge von der historischen Fachtagung sowie kurze Diskussionsbeiträge, die schriftlich ein- bzw. nachgereicht werden können, ebenfalls dokumentiert werden.

Interessierte können sich jederzeit an den Kurt-Eisner-Verein (kev) oder die DTN-Redaktion wenden oder sich über die Internetseite (www.kurt-eisner-verein.de/muedik) auf dem Laufenden halten. *Die Vorbereitungsgruppe*



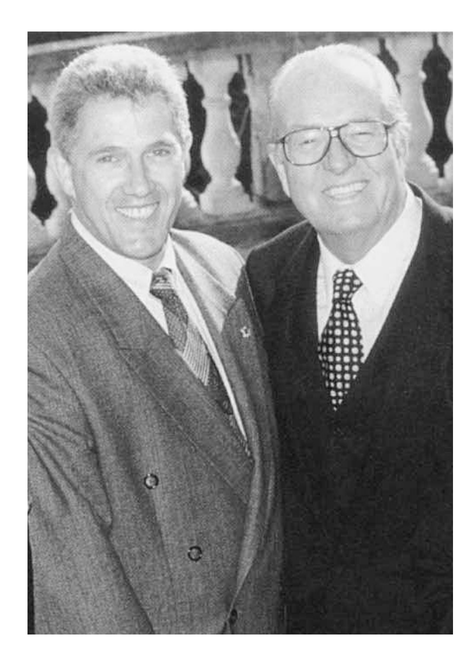
Daniel Simonpieri ehemals FN und MNR von Frankreichs Konservativen aufgenommen

Es passierte am 1. April dieses Jahres, hat aber nichts mit einem Aprilscherz zu tun. Frankreichs bürgerlich-konservative Rechte hat einen weiteren ehemaligen neofaschistischen Kader aufgenommen: Daniel Simonpieri, den Bürgermeister von Marignane, einer industriellen Vorstadt von Marseille.

Simonpieri hatte bereits seit 1974 dem Front National (der im Oktober 1972 gegründet wurde) angehört. 1999 war er der Abspaltung unter Bruno Mégret, die zum „Mouvement national républicain" MNR wurde, gefolgt. Doch die chronische Erfolglosigkeit des MNR, der sich gegenüber der Rumpfpartei des Front National nicht behaupten konnte und immer bedeutungsloser wurde, ließ ihn auf Distanz gehen. Im Jahr 2002 näherte er sich zunächst wieder dem FN-Chef Jean-Marie Le Pen an, und rief zu dessen Wahl bei der Präsidentenwahl jenes Jahres (im zweiten Wahlgang) auf. Am 1. Mai 2002 wurde er auch bei der Pariser Demonstration des FN gesehen. Doch auch Le Pen, der bei der damaligen Stichwahl zu deutlich gegenüber Jacques Chirac unterlag, schien für Simonpieri dann doch das falsche Pferd zu sein; ist er selbst in „seiner" Kommune doch den Erfolg gewohnt. Im Jahr 1995 war er für den FN gewählt worden. Im März 2001 wurde er (damals im Namen des MNR) wiedergewählt, wobei er im zweiten Wahlgang 65 Prozent der Stimmen einsammelte.

Bei den jüngsten Bezirksparlamentswahlen, die im März 04 parallel zu denen der Regionalparlamente stattfanden, trat Simonpieri als „parteiloser Rechtskandidat" auf. Dabei stand er in Marignane im zweiten Wahlgang einem FN-Kandidaten gegenüber, den er besiegte, wobei er stolze 72,8 Prozent der Stimmen erhielte. Damit schien für die bürgerlich-konservative Regierungspartei in der Region Marseille alles klar: „Ab dem Moment, wo er in der Stichwahl einen rechtsextremen Kandidaten besiegt hat, ist er (selbst) nicht mehr rechtsextrem". So verlautete Bruno Genzana, Vorsitzender der gemeinsamen Fraktion der beiden bürgerlichen Parteien UMP und UDF im Bezirksparlament von Marseille. Am 1. April wurde die Aufnahme Daniel Simonpieris in diese Fraktion bekannt gegeben. (Siehe „Libération" vom 8. April 04)

Nicht zum ersten Mal nimmt das bürgerliche Lager einen ehemals rechtsextremen Bürgermeister auf. Denn das Oberhaupt der fünftgrößten französischen Stadt, Nizza, ein gewisser Jacques Peyrat, war seit gemeinsamen Tagen als Unteroffizier (Anfang der 50er Jahre) mit Jean-Marie Le Pen befreundet und zwanzig Jahre lang in dessen Partei. Dann kam Mitte der 90er Jahre der Sinneswandel: Das Etikett „FN" könnte Peyrat hinderlich bei dem Versuch sein, sich zum Oberbürgermeister von Nizza wählen zu lassen. Wenige Monate vor den Kommunalwahlen von 1995 trat Peyrat deswegen (Ende 1994) aus dem FN aus. Und im Juni 1996 nahm ihn dann der neogaullistische RPR, die Vorläuferpartei der heutigen UMP, in seine Reihen auf.



Daniel Simonpieri, links und Le Pen

BhS, Paris ■

Ergänzung zu AN 7/2004: „Militärisch-industrieller Komplex"

In der vorletzten Ausgabe der AN war die Rede von dem Rüstungsindustriellen Serge Dassault, der politisch mehr oder minder rechtsaußen aktiv ist und der künftig ein Drittel der französischen Presse kontrollieren wird. Dabei wurden die seit 1998 von ihm herausgegebene Wirtschafts- und Militärzeitschrift „Valeurs actuelles" sowie das jetzt von ihm übernommene, ebenfalls weit rechts stehende „Figaro-Magazine" (Fig-Mag) erwähnt.

Passenderweise hat jetzt jüngst das linkspatriotische Wochenmagazin „Marianne" (vom 12. April) Umfragewerte veröffentlicht, die das politische Leseverhalten der Franzosen näher erhellen. Dabei ist interessant, dass sich dabei auch die rechtsextreme Anhängerschaft den einzelnen Publikationen zuordnen lässt. Und siehe da: „Valeurs actuelles" liegt an vorderster Stelle, was die FN-Sympathien seiner LeserInnen betrifft. Nicht weniger als 25 Prozent der „regelmäßigen" Leser der Zeitschrift wählen rechtsextrem, und weitere 65 Prozent stimmen konservativ. Das ergibt zusammen 90 Prozen; eine solide Basis für die Ideen des Rüstungsmagnaten und Medienmogul Dassault. Beim „Figaro-Magazine", das künftig auch unter den Fittichen Dassault steht, stimmen insgesamt 85 Prozent rechts, wobei aber in diesem Fall das Kräfteverhältnis besser zugunsten der Konservativen ausfällt (71 Prozent, und „nur" 14 Prozent stimmen für den Front National). Ferner finden sich hohe Anteile von FN-Anhängern in der, insgesamt politisch diffusen und heterogenen, Leserschaft von Regenbogenzeitschriften wie „Paris Match" (21 Prozent) und „VSD" (23 Prozent).

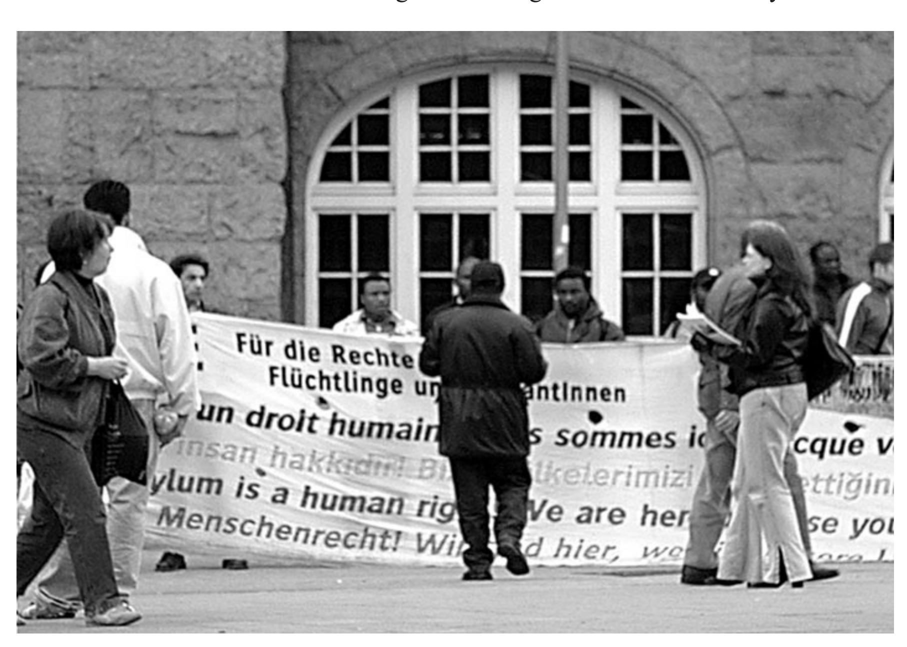
Serge Dassault, der ja auch schon Ende 70 ist, braucht unterdessen um die stramme Natur seines Nachwuchses nicht zu bangen. Sohnemann Olivier Dassault (49), der einmal den ganzen Schrott erben wird, ist nicht nur konservativer Abgeordneter im Nationalparlament. Er findet sich auch als Unterzeichner unter einer Gesetzesvorlage von über 40 rechten Parlamentariern, die seit dem 8. April dieses Jahres dringend „die Todesstrafe für die Urheber terroristischer Taten" fordern. Ohne Taten wie jene in Madrid beschönigen zu wollen: „Kopf ab für Terroristen" ist ein Topos, der für Reaktionäre und Faschisten zu ihrer festen politischen Agenda zählt. Ohne dass man erkennen würde, was sich durch diese Rübe-ab-Maßnahme außer Triebabfuhr für autoritäre Charakter verändern würde. Zwischen 1986 und 88, als der FN eine eigene Parlamentsfraktion hatte, brachte die rechtsextreme Partei solche Anträge („Todesstrafe für terroristische Straftaten") ein. Die Leser von Papas Kampfpresse dürfen mit Dassault Junior zufrieden sein.

BhS, Paris ■

Dezentraler Aktionstag der Karawane

HAMBURG. Am Samstag, 24.4.04, veranstaltete die Organisation „Perspective Togo“ zusammen mit der „Karawane – für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen“ eine Kundgebung im Rahmen der „Kampagne zur Unterstützung des Kampfes gegen die Diktatur in Togo und die deutsche Abschiebepolitik“.

Die etwa 80 TeilnehmerInnen informierten in mehreren Reden und mit Stelltafeln die Öffentlichkeit auf dem Hamburger Bahnhofsvorplatz über die Situation in Togo. Diese Aktion sollte auch zur Teilnahme an der bundesweiten Demonstration vor dem Auswärtigem Amt, am 27.04.04 in Berlin, mobilisieren. Anlässlich des Unabhängigkeitstages von Togo bildet diese Demonstration den vorläufigen Abschluss der mit großem Interesse begleiteten Kampagne, die am 13.12.03 hier in Hamburg mit einer Demonstration begann und in mehreren bundesdeutschen Städten mit Erfolg weitergeführt wurde.



Hintergrund

In Togo herrscht seit 1963 die mittlerweile älteste Diktatur Afrikas. Anfang Juni 2003 wurde in Togo der dienstälteste Diktator Afrikas, Gnassingbé Eyadéma, durch Wahlbetrug für weitere fünf Jahre im Amt „bestätigt“. Seit 36 Jahren hält sich der Militärdiktator durch Terror gegen die Bevölkerung und brutale Unterdrückung der Opposition an der Macht. In dieser Zeit wurde das Land an den Rand des sozialen und wirtschaftlichen Ruins geführt. Fast siebzig Prozent der rund fünf Millionen Bewohner/-innen sind arbeitslos. Ein Drittel lebt unterhalb der Armutsgrenze. Öffentliche Einrichtungen wie Schulen und Krankenhäuser verfallen oder gibt es gar nicht mehr, während die Armee weiterhin ein Viertel der Staatsausgaben für sich beansprucht. Fast alle wichtigen Positionen im Staat hat Eyadéma mit Familienmitgliedern und Angehörigen der Volksgruppe Kabyé, der auch er angehört, besetzt. Misswirtschaft und Korruption finden sich im ganzen Land. 1990 erhob sich die Bevölkerung Togos mit der Forderung nach Demokratie. Eyadéma bezeichnete die massenhaften Proteste als Landesverrat und verübte ein schonungsloses Massaker an der Bevölkerung.

Durch den öffentlichen Druck sah sich Eyadéma zwar 1991 gezwungen, oppositionelle Parteien und eine Übergangsregierung zuzulassen – doch nur für kurze Dauer. Noch im gleichen Jahr beendete er mit einem militärischen Angriff, bei dem 300 Personen getötet wurden, die kurze Hoffnung auf politische Veränderung. Seitdem wird wieder jede Art von Widerstand von Miliz und Armee unterdrückt. Um Regimegegner/-innen endgültig zum Schweigen zu bringen, wurden Gefängnislager geschaffen – Agombio im Norden des Landes und Otadi im Süden.

Seit dem 1. Juni 2003 gleicht Togo einem besetzten Land. Schwer bewaffnete Soldaten durchkämmen die Straßen, die Bevölkerung vermeidet es möglichst, ihre Häuser überhaupt zu verlassen. An jenem 1. Juni fanden die Präsidentschaftswahlen statt. Es waren Wahlen, von denen der populärste Anführer der Opposition ausgeschlossen worden war, während Eyadéma die Verfassung änderte, um seine Kandidatur zu gewährleisten.

Sowohl die UNO als auch die EU lehnten wegen der offensichtlichen Unregelmäßigkeiten von vornherein ab, Wahlbeobachter zu schicken. Menschenrechtsorganisationen, die ohnehin seit Jahren nicht mehr offiziell in Togo arbeiten dürfen, wurden nach ihrer Kritik an diesem Wahlbetrug bedroht. Doch die Kritik seitens der Europäischen Regierungen am Regime in Togo hält sich in engen Grenzen.

Chartermaschine für Massenabschiebung

Trotz dieser Bedingungen versorgt das Auswärtige Amt unter dem Dienstherrn Fischer die Verwaltungsgerichte wider besseren Wissens mit Lageberichten, die die Verfolgungs- und Gefahrensituation für oppositionelle Flüchtlinge aus Togo leugnen. Die Verwaltungsgerichte nehmen diese Berichte als Grundlage für das Nicht-Gewähren von Asylrechten. Oppositionelle aus Togo können nach Auffassung der Gerichte abgeschoben werden, da angeblich keine Gefährdung besteht – und dies geschieht verstärkt. So ist bekannt geworden, dass voraussichtlich für die zweite Maiwoche ein Großflugzeug für eine bundesweite Massenabschiebung nach Togo von bundesdeutschen Behörden gechartert worden ist. Hier muss der öffentliche Druck die Behörden und die Fluggesellschaften zum Einlenken bewegen. Auch deshalb sind alle aufgefordert, sich mit den Forderungen der Kampagne zu solidarisieren und diese zu unterstützen:

- Wir unterstützen den Kampf der Togoer und Togoerinnen für den Sturz des blutigen Regimes Eyademas!
- Wir fordern die Freilassung aller politischen Gefangenen in Togo und anderen Verfolgerstaaten!
- Wir fordern und kämpfen für den Stop aller Abschiebungen nach Togo und in andere Verfolgerstaaten!
- Wir fordern und kämpfen für die Anerkennung des Rechts auf Asyl!
- Wir fordern und kämpfen für die Schließung aller (Abschiebe-)Lager und Abschiebegefängnisse!
- Wir fordern und kämpfen für die sofortige Beendigung der Kollaboration des deutschen Staates mit der Diktatur in Togo und in anderen Ländern!

Kontakt:
Karawane Hamburg, c/o Brigittenstraße 5, 20359 Hamburg,
Tel: 040/43189037, Fax:0 40/43189038
mail: free2move@nadir.org ■

Migration ist Befreiung

Köln. Am 19.4.04 wurde unter anderen dem Kölner Appell gegen Rassismus der Preis für Demokratie und Toleranz verliehen. Im Folgenden dokumentieren wir Auszüge aus der Rede von Arzu Toker (Kölner Appell gegen Rassismus):

Der Kölner Appell entstand 1983 aus der Unterschriftenaktion „Kölner Appell gegen menschenfeindliche Ausländerpolitik", es war eine Reaktion gegen die von der Regierung Kohl betriebene Flüchltlingspolitik, die heute genauso rigoros fortgeführt wird... 1988 wurde der Kölner Appell ins Vereinsregister eingetragen, es kamen Sozial und Asylberatung hinzu.... Ich bedauere, dass sowohl der Name als auch die Aktivität des Kölner Appell gegen Rassismus in unserer Gesellschaft immer noch seine Berechtigung hat.



Deshalb begannen Heinz Humbach vom NS-Dokumentationszentrum und Dogan Akhanil, Mitglied des Kölner Appell, weil Türken in Deutschland die größte Minderheit darstellen, mit türkischsprachigen Führungen im Kölner NS-Dokumentationszentrum „EL-DE-Haus", um ein dunkles Kapitel deutscher Geschichte und den Umgang mit dieser Geschichte den Migranten näher zu bringen und aufzuzeigen, wie aus „ganz normalen Deutschen", Täter wurden... Ich bin überzeugt, wir Migranten haben nicht nur Rechte, sondern als Teil der deutschen Gesellschaft auch Pflichten.

Wir wollen eine Welt, in der alle ohne Angst verschieden sein können...

Der Umgang mit den Roma-Kindern, sehr geehrter Herr Schramma, wird in diesem Sinne zum Prüfstein für eine ersehnte Kulturhauptstadt.

Migration wird oft als eine Leidensgeschichte dargestellt. Migration wird oft als ein Zerren, ein Hin und Her zwischen zwei Kulturen dargestellt. Wir sind überzeugt, dass Kulturen immer und überall viele Gesichter haben. Sie haben voneinander gelernt, sie haben sich miteinander und ineinander entwickelt. In diesem Sinne ist Migration freies Leben. Migration ist Befreiung." *MW* ■

Flüchtling aus Kamerun im Mannheimer Abschiebegefängnis

Mannheim. Findley wurde am Mittag des 8.4.04, als er seinen Ausweis verlängern lassen wollte, festgenommen und direkt zum Frankfurter Flughafen gebracht. Zur Zeit ist er im Abschiebegefängnis in Mannheim. Die Festnahme direkt vor den Osterfeiertagen bedeutet, dass er zunächst nicht einmal Kontakt zu seinem Anwalt aufnehmen konnte.

Findley ist Mitglied der Mountain Mourners, einer politischen Gruppe aus dem südlichen Kamerun, die mit der größten Organisation, dem Südkamerunischen Nationalkongress, SCNC, verbunden sind, dem Widerstand gegen die Diktatur von Biya, der seit Jahrzehnten in Kamerun eine korruptes und brutales Regime führt. Die Mountain Mourners sind vor etwa 4 Jahren von Kamerun nach Deutschland gekommen, als die Verfolgung des Südkamerunischen Widerstands gerade eskalierte. Es gibt u.a. von Amnesty International vielfache Berichte über Inhaftierung, Folter, Verschwindenlassen und grausame Polizeieinssätzen gegen Oppositionelle besonders im südwestlichen, englischsprachigen Teil, dem Südlichen Kamerun. Die Mitglieder der Gruppe haben hier Asyl beantragt. Sie haben während des Asylverfahrens trotz aller Schwierigkeiten, verstreut in verschieden Asyllagern in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz und behindert durch die so genannte Residenzpflicht (das Verbot den Landkreis zu verlassen) keinen Moment aufgehört, um eine Änderung der Verhältnisse in Kamerun zu kämpfen. Sie haben es trotz Gefahren und fehlender Mittel geschafft immer wieder zusammen zu kommen, um auf die Lage im südlichen Kamerun aufmerksam zu machen. Ein politisches Theaterstück über die Geschichte und Gegenwart im südwestlichen Teil von Kamerun hat an verschiedensten Orten in Deutschland überhaupt erst dazu beigetragen, dass vielen hier die Lage und der Widerstand gerade in diesem Teil von Kamerun bekannt wurde. Radiosendungen, Demonstrationen, Veranstaltungen, Kontaktaufnahmen mit Parteien, politische Aktionen im SCNC, waren Teil der ständigen Aktivitäten, die Findlay als Mitglied der Mountain Mourners immer wieder mit organisiert hat. Er ist außerdem Mitglied der Nationalversammlung des Südlichen Kameruns und der Jugendorganisation der Südlichen Kameruner.

Die Mountain Mourners waren in der Tat ununterbrochen als politische Gruppe aktiv. Das heißt etwas, wenn man jedes mal über 300 km oder mehr Entfernung zusammenkommen muss, keine Genehmigung dafür bekommt und dauernde Angst vor Polizeikontrollen haben muss. Dann nicht aufzugeben, das bedeutet etwas. Außerdem ohne Geldmittel und konfrontiert mit einer Ignoranz der Behörden der gesamten Lage in Kamerun gegenüber. Die Gruppe war schon immer den Behörden in Kamerun als Teil der Opposition bekannt. Mit ihren Aktivitäten in Deutschland, insbesondere vor der Kamerunischen Botschaft in Bonn sind sie dem Regime in Kamerun nun als Vorkämpfer für die Unabhängigkeit des Südlichen Kamerun in Deutschland bekannt – mit allen Konsequenzen. Dies ist alles bisher noch nicht einmal wahrgenommen worden und es bedeutet reale Gefahr für das Leben von Findley, wenn er abgeschoben würde.

Mitarbeit in der „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migranten" war genauso Teil des Engagements von Findley wie die Beteiligung an lokalen Aktionen z.B. in Karlsruhe. Zuletzt beteiligte sich Findley an einer von afrikanischen Flüchtlingen organisierten Demonstration in Karlsruhe am 18.03.04, die sich gegen die Diktaturen in Afrika richtete und gegen die Ignoranz der Behörden und Gerichte, die nicht wahrhaben wollen, was in den Länder passiert.

In welcher Gefahr sich Findley tatsächlich befindet, wird am Schicksal seiner Mutter deutlich. Sie ist im letzen Dezember eine Woche nach einem brutalen Verhör bei der Polizei gestorben. Sie hatten von ihr etwas über Findley erfahren wollen. Die Abschiebung von Findley bedeutet eine unmittelbare Gefahr für ihn. Es ist das schlimmste zu befürchten, wenn die kamerunischen Polizei Zugriff auf einen Aktivisten der Mountain Mourners hätte.

Es darf keine Abschiebung nach Kamerun geben! Politisches Asyl für die Mountain Mourners! Freiheit für Ndi Findley Nkwate!

Bitte schicken Sie Protestschreiben an die folgenden Adressen:
Innenministerium Baden-Württemberg Dorotheenstr. 6, 70173 Stuttgart Telefon Zentrale: 0711/231-4 / Fax: 0711/231-3039
Stadt Sinsheim 74887 Sinsheim Telefon: 07261/404-0 / Fax: 07261/404-165 e-Mail: Rathaus@Sinsheim.de
Regierungspräsidium Karlsruhe 76247 Karlsruhe Telefon: 0721/926-0 / Fax: 0721/926-6211 e-Mail: poststelle@rpk.bwl.de

Infotelefon Garfield AB + Fax: 06272-3559 ■

Die Verhandlungen der Bundesregierung mit der CDU und der FDP scheinen zu scheitern. Nach einer 17-stündigen Marathonsitzung am 1./2. Mai wurden die Verhandlungen ohne neuen Termin verschoben. Schily und die Union spielen sich immer wieder die Bälle zu. Zuletzt mit Schilys Vorschlag für eine „Sicherungshaft für terrorverdächtige Ausländer".
Pro Asyl und der Interkulturelle Rat in Deutschland fordern die Bundesregierung auf, die Verhandlungen abzubrechen. Wir dokumentieren die wichtigen Passagen.

Stellungnahme von Pro Asyl und Interkulturellem Rat zum Zuwanderungsgesetz

Einwanderung ermöglichen, Integration fördern und Flüchtlinge besser schützen:

Dies waren die Zielsetzungen des Zuwanderungsgesetzes. Die ursprünglichen Ziele werden nicht erreicht. Die in dem Gesetz ohnehin eingebauten Verschärfungen und Restriktionen werden von den Verhandlungspartnern der Parteien nicht mehr infrage gestellt. Stattdessen werden die zukunftsweisenden Ansätze aus dem Gesetz gestrichen. Ein gesellschaftlich notwendiges Reformprojekt ist inhaltlich gescheitert:

- Statt Einwanderung zu gestalten, bleibt es bei der Abkapselung Deutschlands: Das Punktesystem als arbeitsmarktunabhängiges und zukunftsorientiertes Steuerungsinstrument der Zuwanderung wurde auf Druck der Union wieder gestrichen. Der generelle Anwerbestopp von 1973 soll bestehen bleiben.
- Die Integration bleibt ein weitgehend unbestelltes Feld! Integrationsmaßnahmen werden ausschließlich auf den Spracherwerb beschränkt. Eine Vielzahl von Flüchtlingen und Migranten bleibt ausgeschlossen. Der ursprünglich vorgesehene Rechtsanspruch wird umgewandelt in eine für die Betroffenen kostenpflichtige und mit ausländerrechtlichen sowie sozialen Sanktionsmechanismen gekoppelte Pflichtveranstaltung.
- Der desaströse Zustand der Kettenduldung wird nicht beendet. Eine Bleiberechtsregelung für langjährig in Deutschland Geduldete fehlt.
- Unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung werden zentrale rechtsstaatliche und menschenrechtliche Standards zur Disposition gestellt. Im Ausländerrecht wird der Gedanke der Gefahrenabwehr noch stärker ausgeweitet.

Im Bereich des Flüchtlingsschutzes ist positiv zu bewerten, dass es zur längst überfälligen Anerkennung von nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung kommen soll. Zu dieser Anpassung an die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) ist Deutschland aufgrund europarechtlicher Verpflichtungen gezwungen. Die EU-Richt-linie zum Flüchtlingsschutz macht in diesem Bereich verbindliche Vorgaben, die unabhängig vom Zuwanderungsgesetz umzusetzen sind.

Dagegen bringt das Zuwanderungsgesetz für Asylsuchende auch Verschlechterungen. Zum Beispiel werden Exilaktivitäten von Flüchtlingen entgegen der GFK nicht mehr im Asylfolgeverfahren berücksichtigt.

Bereits der Gesetzesentwurf war ein vorweggenommener Kompromiss mit der Opposition. Trotzdem treibt die Union Rot-Grün mit immer weiteren Verschärfungsvorschlägen vor sich her.

Von den Verhandlungen im Vermittlungsausschuss sind keine positiven Impulse mehr zu erwarten. Die allgemeine Aufbruchstimmung, die von dem Zuwanderungsbericht der Süssmuth-Kommission im Sommer 2001 ausging, ist erloschen. Das Gesetz ist in seiner jetzt verhandelten Form weit davon entfernt, einen Paradigmenwechsel in der Einwanderungspolitik herbeizuführen. Von der Idee eines modernen und innovativen Zuwanderungsgesetzes ist so gut wie nichts übrig.

Deswegen fordern wir die Bundesregierung auf, die Verhandlungen mit der Union abzubrechen und dieses restriktive Gesetz nicht zu verabschieden. Die Bundesregierung kann statt des zustimmungspflichtigen Zuwanderungsgesetzes wesentliche Reformen im Ausländer- und Asylrecht auch ohne die Zustimmung des Bundesrates beschließen.

Zu recht hat der Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen im November 2003 davor gewarnt, das Zuwanderungsgesetz zu einem Akt bloßer symbolischer Politik verkommen zu lassen und eine echte Reform eingefordert: „Wir werden es nicht zulassen, dass ein schlechtes Gesetz den politischen Handlungsspielraum für moderne und humane Migrations- und Flüchtlingspolitik auf Jahre verspielt. Verschlechterungen gegenüber dem geltenden Ausländerrecht wird es mit uns nicht geben. Ein Gesetz ohne Reformgehalt werden wir nicht mittragen."

Dies müsste eigentlich nicht nur für Bündnis 90/Die Grünen gelten, sondern für alle Parteien, alle Politiker und alle gesellschaftliche Gruppierungen, die für einen Paradigmenwechsel in der Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik eintreten ...

Weitere Schattenseiten des Zuwanderungsgesetzes

Die öffentliche Debatte um das Zuwanderungsgesetz konzentriert sich auf wenige exponierte Themen. Darüber gerät in Vergessenheit, dass der Entwurf selbst schon viele asyl- und ausländerpolitische Fragen nicht löst und weitere Verschärfungen bringt, z.B.:

- Das Zuwanderungsgesetz sieht vor, dass die Länder Ausreisepflichtige in Lagern („Ausreiseeinrichtungen") unterbringen können. Hier wird Druck ausgeübt, um ihre „freiwillige" Ausreise zu erzwingen. Die Ausreisezentren sind nicht die Alternative zur Abschiebungshaft, sondern ihre Ergänzung. Psychische Zermürbung ist die Taktik und das Abdrängen der hier Untergebrachten in die Illegalität die Folge der „Ausreisezentren".
- Die menschenunwürdige Praxis der bis zu 1 1/2 Jahre dauernden Abschiebungshaft wird unverändert in das Zuwanderungsgesetz übernommen.
- Das Thema der Menschen in der Illegalität wird weiter verdrängt. Noch nicht einmal den Forderungen nach der Sicherung sozialer Mindeststandards auch für diese Personengruppen wird Rechnung getragen. Diejenigen, die Illegalisisierte aus humanitären Gründen unterstützen, können weiterhin kriminalisiert werden.

Fortsetung Seite 14



Interkultureller Rat in Deutschland



- Die Regelungen des Gesetzes zur Familienzusammenführung sind nicht nur hinsichtlich des Kindernachzugsalters unbefriedigend. Der generelle Ausschluss des Familiennachzuges in den Fällen des § 25 Abs. 4 und 6 Aufenthaltsgesetz ist inakzeptabel, weil der angeblich vorübergehende Aufenthalt oft jahrelang andauert. Eine dauerhafte Familientrennung widerspricht der Europäischen Menschenrechtskonvention und dem Grundgesetz.
- Das Kindeswohl wird weiter missachtet, indem die UN-Kinderrechtskonvention durch das Zuwanderungsgesetz nicht umgesetzt wird und stattdessen der ausländerechtliche Vorbehalt gegen die Konvention aufrecht erhalten bleibt.
- Das Flughafenverfahren wird – trotz der rechtsstaatlichen Bedenken – nicht abgeschafft.
- Die so genannte Residenzpflicht bleibt unangetastet: Die Begrenzung des Bewegungskreises von Asylbewerbern auf den Landkreis oder die Stadt bleibt bestehen. Diese Restriktion ist sachlich nicht gerechtfertigt, unverhältnismäßig und unterläuft europäische Vergleichsmaßstäbe.
- Die Anwendbarkeit des Asylbewerberleistungsgestzes wird ausgedehnt, statt dieses unsoziale Gesetz endlich abzuschaffen. Die dreijährige massive Absenkung der lebensnotwendigen Versorgung soll zukünftig auch diejenigen treffen, die u.a. aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 oder 6 AufenthG erhalten.

Es geht auch ohne die Union

Statt ein mangelhaftes Zuwanderungsgesetz zu beschließen, sollte die Bundesregierung den Mut aufbringen, Reformen auf den Weg zu bringen, die für die Migrations- und Flüchtlingspolitik tatsächlich etwas Positives bewirken. Es gibt viele Bereiche, in denen die Bundesregierung auch ohne Konsens mit der Opposition handeln kann. Die Bundesregierung sollte diese Möglichkeiten nutzen, statt sich auf faule Kompromisse einzulassen!

Wer sich den drängenden gesellschaftspolitischen Fragen, wie die moderne Gestaltung von Einwanderung, wirklich stellen möchte, der kann das bestehende Ausländerrecht – zumindest in Teilbereichen – auch ohne Zustimmung des Bundesrates reformieren.

- Die Ausweitung der Möglichkeiten, eine Arbeitserlaubnis zu erteilen, bedarf nicht der Zustimmung des Bundesrates. Die rot-grüne Mehrheit kann zum Beispiel für eine Liberalisierung des Nachrangigkeitsprinzips sorgen.
- Ausländischen Studierenden, die an deutschen Hochschulen studiert haben, kann nach dem Studium die Möglichkeit zur Arbeitsaufnahme erleichtert werden.
- Die Möglichkeit des Wechsels von der Duldung in einen Aufenthaltsstatus aus humanitären Gründen kann erleichtert werden.
- Eine Härtefallregelung kann ebenfalls beschlossen werden.
- Die Bundesregierung kann die deutschen Vorbehalte zur UN-Kinderrechts-konvention zurückziehen und damit die Situation hier lebender minderjähriger Flüchtlinge verbessern.
- Ohne Zustimmung des Bundesrates kann die Bundesregierung ihre Anstrengungen im Integrationsbereich durch Erhöhung des entsprechenden Haushaltstitels verstärken.
- Durch die Erarbeitung eines Anti-Diskriminierungsgesetzes kann und muss die Bundesregierung ohne weiteren Verzug die beiden Gleichstellungsrichtlinien der Europäischen Union aus dem Jahr 2000 wirkungsvoll in die nationale Gesetzgebung transferieren.

Internet: www.proasyl.de ■

:neuerscheinungen, ankündigungen



Bevorstehende Neuerscheinung:

„Mörder unterm Edelweiß“

Dokumentation des Hearings zu den Kriegsverbrechen der Gebirgsjäger

Seit über 50 Jahren treffen sich jeden Pfingsten Gebirgsjäger der ehemaligen Wehrmacht und der Bundeswehr auf dem Hohen Brendten in Mittenwald (Bayern), um ihrer toten Kameraden zu gedenken und ihre Traditionen zu feiern. 2003 wurden sie erstmalig mit Protesten und kritischen Veranstaltungen konfrontiert.

Dieser Band versammelt Beiträge des internationalen Hearings über die Kriegsverbrechen der Gebirgsjäger, das am Vorabend dieses größten deutschen Soldatentreffens in Mittenwald veranstaltet wurde.

Ralph Klein/Regina Mentner/Stephan Stracke (Hg.) „Mörder unterm Edelweiß“ / Dokumentation des Hearings zu den Kriegsverbrechen der Gebirgsjäger, mit Beiträgen der Herausgeber und internationalen Teilnehmer sowie von Peter Gingold, Ulrich Sander u.a., Papy Rossa, Köln Broschur, 152 S., EUR 12,90 [D]/SFR 23,50, ISBN 3-89438-295-3, erscheint Mitte Mai.

Elite sein..

Wie und für welche Gesellschaft sozialisiert eine studentische Korporation?

Das Ziel der studentischen rechtskonservativ gesinnten Corps ist es, eine männliche Elite zu reproduzieren. Und das tun sie seit über 150 Jahren nahezu unabhängig vom Staatssystem mit großem Erfolg. Führende Politiker und wichtige Personen aus Wirtschaft und Wissenschaft zählten und zählen zu ihren Mitgliedern.

Wie aber funktionieren Reproduktion und die Aufrechterhaltung des beeindruckenden informellen Netzwerkes von konservativ-männlicher Macht in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft?

Stephan Peters, *1969, Politikwissenschaftler, ordnet die Corps anhand ihrer Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte politisch ein, schlüsselt die Wirkmechanismen zur Bildung und Reproduktion des elitären Netzwerkes anhand der männerbündischen Rituale auf und entzaubert so ein Stück geheimer und höchst politischer Männerbündelei jenseits von Demokratie und Frauenemanzipation.

Stephan Peters: Elite sein... Wie und für welche Gesellschaft sozialisiert eine studentische Korporation, ISBN 3-8288-8635-3, 325 Seiten, 29,90 Euro, Tectum Verlag, Neustadt 12, 35037 Marburg, Tel. (06421) 48 15 23, Fax. (06421) 43 47 0, e-mail: tectum.verlag@t-online.de, http://www.tectum-verlag.de

15 Jahre Besuchsprogramm für ehemalige ZwangsarbeiterInnen – Erinnerung, Verantwortung, keine Zukunft?

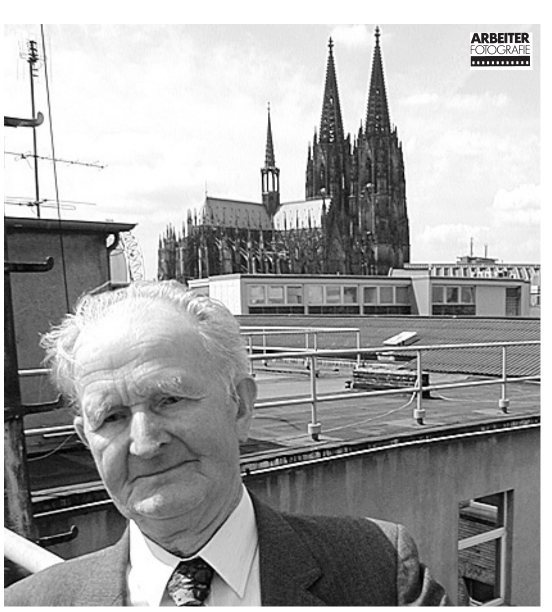
Köln. Anlässlich des aktuellen Besuchsprogramms für ehemalige ZwangsarbeiterInnen führt die Projektgruppe Messelager am 19. Mai im Kleinen Rheinsaal in der Kölnmesse eine Veranstaltung zu diesem Thema durch.

Am 20./21. Mai 1989, vor nunmehr 15 Jahren fand auf Initiative der Projektgruppe Messelager am gleichen Ort das Internationale Symposium Messelager statt. Zum ersten Mal berichteten in Köln Überlebende aus dem In- und Ausland über die Geschichte der Kölner Außenlager des KZ Buchenwald. Das Symposium markierte für Köln den Beginn der historischen und politischen Aus-einandersetzung mit der Zwangsarbeit von Zehntausenden KZ-Häftlingen, Kriegsgefangenen und ausländischen ZwangsarbeiterInnen während des Zweiten Weltkriegs. Ein Resultat des Symposiums war die Etablierung des städtischen Besuchsprogramms für ehemalige ZwangsarbeiterInnen, das seit 1990 vom NS-Dokumentationszentrum in Verbindung mit der Projektgruppe Messelager durchgeführt wird.

An der Veranstaltung werden u.a. der Widerstandskämpfer und KZ-Überlebende Alexander Agafonow und Gäste des aktuellen Besuchsprogramms teilnehmen. Martin Stankowski, Gründungsmitglied der Projektgruppe, wird die Moderation übernehmen. Hierbei soll nicht nur ein Resümee der Entwicklungen seit 1989 gezogen, sondern auch nach der Zukunft des Besuchsprogramms gefragt werden: Noch leben in den Ländern Ost- und Westeuropas viele ehemalige ZwangsarbeiterInnen, die auf eine Einladung nach Köln hoffen. Trotz des einstimmigen Ratsbeschlusses von September 2000 ist aber schon 2005 – 60 Jahre nach Kriegsende –, die Durchführung des Besuchsprogramms finanziell nicht mehr gesichert.

Das Besuchsprogramm musss weiter durchgeführt werden – dazu soll diese Veranstaltung ein Anstoß sein.

19. Mai 2004, 19.30 Uhr,
Kleiner Rheinsaal der KölnMesse in Köln Deutz



Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke; Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

:ostritt

Der Bund der Vertriebenen (BdV) beklagt sich über umfangreiche Sparmaßnahmen der Regierung. Durch die Kürzungen sei die Geschäftsstelle des Verbandes in ihrem Bestand „gefährdet“, heißt es im Deutschen Ostdienst (DOD). Bereits im Juli 2003 habe die bayerische CSU-Staatsregierung den Vertriebeneneinrichtungen des Freistaats rückwirkend bis zu einem Viertel der vorgesehenen Mittel gestrichen, nun kürze München auch die Gelder für das Jahr 2004.

Gegen die Einsparungen beim bayerischen BdV-Landesverband scharf protestiert hat die SPD. Bereits im vergangenen Jahr hatte der Jagd- und „Vertriebenen“-Experte der bayerischen Sozialdemokratie, Albrecht Schläger, sich bitter beklagt, dass die CSU die BdV-Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ nur halbherzig unterstütze. „Sehr enttäuscht“ war Schläger, als er erfuhr, dass Edmund Stoiber die Stiftung nur mit 10.000 Euro unterstützen wollte, und plädierte dafür, ihr statt dessen 600.000 Euro zu zahlen. Sie sei schließlich „aus dem Geist der Versöhnung“ heraus gegründet worden, ergänzte der SPD-Experte: „Ein großer Teil der europäischen Völker wurde im 20. Jahrhundert vertrieben, deportiert oder zwangsweise umgesiedelt.15 Millionen Deutsche wurden Opfer solcher Menschenrechtsverletzungen.“

Auch jetzt steht die SPD wieder geschlossen hinter dem bayerischen BdV. Im März, das berichtet der DOD, hatte die SPD-Landtagsfraktion eigens einen Änderungsantrag zum Nachtragshaushalt eingebracht, der die CSU-Kürzungen im „Vertriebenen“-Bereich verhindern sollte. Die christlich-soziale Regierung des Freistaats wies jetzt jedoch das sozialdemokratische Ansinnen zurück, „den Ansatz für die Förderung von Verbänden und kulturellen Einrichtungen der deutschen Heimatvertriebenen in voller Höhe beizubehalten“, und strich einen weiteren Teil der bisherigen Landesmittel für den BdV Bayern. Die Kürzungen, so BdV-Vizepräsident Schläger, „sind unverhältnismäßig und nicht zumutbar“.

jk ■

Kein Erbarmen mit Horst Mahler

Nationalzeitung Nr. 18, 23. April

Die Nationalzeitung sorgt sich um den rechtsextremen Rechtsanwalt Horst Mahler, dem am 8. April vom Amtsgericht Berlin-Tiergarten die Zulassung als Anwalt entzogen worden ist und der wegen Volksverhetzung vor Gericht seht. Das Blatt klagt darüber, hatte nicht sogar 1988 der heutige Bundeskanzler Schröder, damals noch Rechtsanwalt, Mahlers Wiederzulassung durchgeboxte.

Das war aber noch zu linken Zeiten, meint das Blatt. Die dürfen sich alles erlauben:

„Als Horst Mahler vor über dreißig Jahren, in seiner APO- bzw. RAF-Zeit, linke Aufruhr- und Umsturzparolen zu Papier brachte, konnte er in Teilen der etablierten Medien- und Politikschickeria noch mit Verständnis und gelegentlich auch Sympathie rechnen ... All das ist heute anders. Da geht es nicht um Verbrechen gegen Leib und Leben, die man Mahler anlasten könnte, sondern eben um Äußerungen, die als Volksverhetzung usw. unter Strafe stehen ... Weil es um Inhalte geht, die man landläufig unter Rechtsextremismus subsumiert, kennt niemand mehr aus der Gilde der etablierten Medien- und Politikschickeria Erbarmen mit dem Delinquenten.“

Jubel über „Nationales Bündnis“ in Dresden

Deutsche Stimme 4/04

Das NPD-Blatt veröffentlich ein Interview mit ihrem Vorsitzenden Udo Voigt. Auf das Scheitern einer gemeinsamen Kandidatur zu den Europawahlen angesprochen, meint Voigt: „Schon als einfaches NPD-Mitglied und nationaler Wähler hatte ich vor Jahrzehnten keine Verständnis für die andauernde Zerstrittenheit unter den nationalen Kräften.“

Angesprochen auf das „Nationale Bündnis“ zur Stadtratswahl am 13. Juni in Dresden (NPD, DVU, REP und DP) erklärt Voigt:

„Das Nationale Bündnis in Dresden ist ein Meilenstein auf dem oben geschilderten Weg, nationaler Politik in Deutschland zum Durchbruch zu verhelfen. Nachdem die ‚große Lösung’ ... noch nicht in greifbare Nähe gerückt ist, kommt dieser zunächst ‚kleinen Lösung’ möglicherweise schon bald hohe symbolische Bedeutung zu.“

Der Fall Hohmann wird weiter genutzt

Junge Freiheit Nr. 18/04 vom 23. April 2004

Chefredakteur Dieter Stein nutzt das Erscheinen des Buches „Der Fall Hohmann“ von Fritz Schenk, um den Fall Hohmann nochmals auf die Titelseite des Blattes zu holen:

„Schenk ... legt hierbei die Finger in die Wunde eines Bürgertums, das dabei ist, im Meinungskampf seine Freiheit aufzugeben. Er weist nach, dass zwar linke Spindoctors im öffentlich-rechtlichen Fernsehsender ARD ... den ‚Fall Hohmann’ mit der Falschmeldung, er habe die Juden ‚als Tätervolk’ bezeichnet, ins Rollen brachten. Den Sturz des Abgeordneten haber aber ‚bürgerliche Zeitungen’ ... zu verantworten – zusammen mit einer widerstandsunfähigen Führung der Union, die der Herausforderung einer geschichtspolitischen Kampagne intellektuell nicht gewachsen ist.

An den Fall Hohmann knüpft ebenfalls Konrad Löw an, dessen Aufsatz „Deutsche Identität in Verfassung und Geschichte“ die Bundeszentrale für politische Bildung dazu bewogen hat, die gesamte letzte Auflage des Deutschland-Archivs einzustampfen. Löw erklärt: „Inhaltlich unterscheiden wir uns, aber wir haben natürlich einen gemeinsamen Punkt: die Ablehnung von Kollektivschuld zu Lasten ganzer Völker. Hohmann hat das deutlich gesagt, auch in bezug auf das jüdische Volk ... Aber leider geht es nicht um längst geschlagene Schlachten. Zu befürchten ist vielmehr, dass wir am Anfang einer großen Kampagne gegen die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit stehen. Zumindest kann man all diese Fälle von Nolte über Jenninger und Walser ... bis hin zu Löw in eine Reihe stellen.“

Scholl-Latour und die europäische „Verteidigung“

Junge Freiheit Nr. 18/04 vom 23. April 2004

Peter Scholl-Latour, bisher bereits öfter Interviewpartner des Blattes, wird nun zum Autor und kommentiert zum Irak-Krieg: „ ‚Kampf gegen den Terror’ – man mag die Parole kaum noch hören! Offenbar wurde immer noch nicht begriffen, dass der Terror eine Form der Kriegsführung ist ... Schon aufgrund ihrer geographischen Lage müssen die Europäer dazu übergehen, ihre Verteidigung selbständig zu organisieren. Mit moralischer Empörung und starken Sprüchen ist es da nicht getan.“

Empörung über Preis für „Kölner Appell“

Junge Freiheit Nr. 18/04 vom 23. April 2004

Der „Kölner Appell“ hat einen Preis des Wettbewerbs „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ erhalten. Schirmherrin des Preises ist die Ausländerbeauftrage Marieluise Beck.

Dazu behauptet Manuel Ochsenreiter: „Der ‚Kölner Appell’ ist mit Linksextremisten vernetzt. 1999 führte der Verein ‚Protestaktivitäten’ gegen die Unterschriftenkampagne von CDU und CSU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft durch. Selbstverständlich nimmt man auch mit einem Vertreter an der Antifa-Veranstaltung ‚Kölner Ratschlag gegen Rechts’ teil ... Dabei müsste der Vorstand des ‚Kölner Appells’ eigentlich ein ganz besonderes Verständnis für die Angst der Bürger haben, stammen doch zumindest zwei von ihnen aus dem Umfeld der Roten Armee Fraktion (RAF).“

Besonders empört ist Ochsenreiter, dass „wieder einmal ein Kölner CDU-Politiker als Statist bei der links-linken Preisverleihung wirken durfte. So assistierte Beck bei ihrer Preisvergabe im Historischen Rathaus zu Köln ausgerechnet Oberbürgermeister Schramma (CDU). Es darf natürlich bezweifelt werden, dass dieser etwas über den ‚Kölner Appell’, dessen Arbeit sowie deren Sprecher wusste.“

jöd, uld ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

Erscheinungsweise: 14-täglich

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507